PROTOKOLL

über die 22. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 20. September 2018, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:
Gerald Hackl als Vorsitzender

VIZEBÜRGERMEISTER:
Wilhelm Hauser
Dr. Helmut Zöttl
Ingrid Weixlberger

STADTRÄTE:
Dr. Michael Schodermayr
MR Dr. Mario Ritter
KommR Gunter Mayrhofer – (ohne GR-Mandat)
Mag. Reinhard Kaufmann

GEMEINDERÄTE:
Rudolf Blasi
Anna-Maria Demmelmayr, MA
MMag. Michaela Frech
Pit Freisais
Rosa Hieß
Ing. Franz-Michael Hingerl
Josef Holzer
Thomas Kaliba
Heidemarie Kloiber
David König
Lukas Kronberger
Maria Lindinger, MAS, MSc
Natascha Payrleithner
Mag. Kurt Prack
Florian Schauer
Birgit Schörkhuber, BEd
Rudolf Schröder
Mag. Erwin Schuster
Dr. Markus Spöck, MBA
Arno Thummerer
Silvia Thurner
Ursula Voglsam
Anneliese Zimmermann
Ing. Wolfgang Zöttl, BEd

VOM AMT:
Dr. Kurt Schmidl
Dr. Martina Kolar-Starzer
Mag. Helmut Lemmerer
Dr. Michael Chvatal
Thomas Schwingshackl

ENTSCHULDIGT:
Helga Feller-Höller
Michaela Greinöcker
Evelyn Kattnigg, BA (FH)
Uwe Pichler
Ing. Thomas Schurz, MSc

PROTOKOLLFÜHRER:
Dr. Kurt Schmidl
Michaela Minixhofer

Die ordnungsgemäße Einladung erfolgte gemäß § 18 (1a) GOGR.

VERHANDLUNGSABLAUF:

1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG;
FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER

   GR Rudolf Blasi
   GR Dr. Markus Spöck, MBA

2) ANGELOBUNG EINES NEUEN GEMEINDERATSMITGLIEDES

3) BILDUNG DER GEMEINDERÄTLICHEN AUSSCHÜSSE; ÄNDERUNG IN DER ZUSAMMENSETZUNG

4) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN

5) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS

Bau H-164/2018	Zur Kenntnisnahme des Ergebnisses einer Aufsichtsbeschwerde

6) AKTUELLE STUNDE

7) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES gem. § 54 Abs. 3 StS
(Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt.)

8) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

INHALTSVERZEICHNIS:

1) Gem-63/12	Viktor Seywaltner GmbH; EDV 479, 4400 Steyr, Ennser Straße 68; Abschreibung offener Forderungen.....8
2) Präs-171/18	Gemeinderat Pit Freisais; Individualantrag nach Artikel 139 Abs.1 Ziffer 3 B-VG auf Aufhebung von Bestimmungen der GOGR.....9
3) EN-7/13	Vergabe des Stromlieferauftrages für die Kalenderjahre 2019 bis 2020.....16
4) FW-3/18	Ankauf eines Kleinrüstfahrzeuges Logistik „KRF-L“ für die Freiw. Feuerwehr Steyr, Techn. Zug.....17
5) FW-2/18	Ankauf eines Löschfahrzeuges „LF“ als Ersatzbeschaffung für ein „LFB-A2“ Bj. 1994 auf Fahrgestell MAN TGM 12.250 FW für die Freiw. Feuerwehr Steyr, Löschzug 4.....18
6) GHJ2-53/17	„Stadtplatz neu“ – Vergabe von Leistungen an die Kommunalbetriebe Steyr.....19
7) ÖAG-10/18	Verkauf der „VHS-Villa“ an Frau Dr. Romy Hingsammer bzw. an die neu zu gründende RH & Partner GmbH, Abschluss eines Kaufvertrages samt integriertem Entwurf eines Wohnungseigentumsvertrages; erhöhtes Abstimmungserfordernis gem. § 18 Abs. 3 Zif. 6 des Statutes für die Stadt Steyr 1992 idgF.....22
8) Fin-142/16	Pfarrcaritas Kindergarten Wieserfeldplatz, Änderung des 3. Nachtrages zur Vereinbarung vom 20.12.2012.....23
9) Präs-209/18	Antrag der Grünen an den Gemeinderat; Verkehrsregelungen Stadtplatz.....23
10) Präs-182/18	Verleihung des Ehrenzeichens der Stadt Steyr für ehrenamtliche Tätigkeit an Herrn Heinz Mayr.....35
11) Präs-183/18	Verleihung des Ehrenzeichens der Stadt Steyr für besondere Leistungen im sozialen Bereich an Herrn Medizinalrat Dr.med. Wolfgang Loidl.....36
12) Präs-184/18	Verleihung des Ehrenzeichens der Stadt Steyr für besondere Leistungen im sozialen Bereich an Herrn SR Erwin Atzmüller.....36

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

1) Gem-63/12	Viktor Seywaltner GmbH; EDV 479, 4400 Steyr, Ennser Straße 68; Abschreibung offener Forderungen.
2) Präs-171/18	Gemeinderat Pit Freisais; Individualantrag nach Artikel 139 Abs. 1 Ziffer 3 B-VG auf Aufhebung von Bestimmungen der GOGR.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

3) EN-7/13	Vergabe des Stromlieferauftrages für die Kalenderjahre 2019 bis 2020.
4) FW-3/18	Ankauf eines Kleinrüstfahrzeuges Logistik „KRF-L" für die Freiw. Feuerwehr Steyr, Techn. Zug.
5) FW-2/18	Ankauf eines Löschfahrzeuges „LF" als Ersatzbeschaffung für ein „LFB-A2" Bj. 1994 auf Fahrgestell MAN TGM 12.250 FW für die Freiw. Feuerwehr Steyr, Löschzug 4.
6) GHJ2-53/17	„Stadtplatz neu" – Vergabe von Leistungen an die Kommunalbetriebe Steyr.
7) ÖAG-10/18	Verkauf der „VHS-Villa" an Frau Dr. Romy Hingsammer bzw. an die neu zu gründende RH & Partner GmbH, Abschluss eines Kaufvertrages samt integriertem Entwurf eines Wohnungseigentumsvertrages; erhöhtes Abstimmungserfordernis gem. § 18 Abs. 3 Zif. 6 des Statutes für die Stadt Steyr 1992 idgF.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER:

8) Fin-142/16	Pfarrcaritas Kindergarten Wieserfeldplatz, Änderung des 3. Nachtrages zur Vereinbarung vom 20.12.2012.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

9) Präs-209/18	Antrag der Grünen an den Gemeinderat; Verkehrsregelungen Stadtplatz.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

10) Präs-182/18	Verleihung des Ehrenzeichens der Stadt Steyr für ehrenamtliche Tätigkeit an Herrn Heinz Mayr.
11) Präs-183/18	Verleihung des Ehrenzeichens der Stadt Steyr für besondere Leistungen im sozialen Bereich an Herrn Medizinalrat Dr.med. Wolfgang Loidl.
12) Präs-184/18	Verleihung des Ehrenzeichens der Stadt Steyr für besondere Leistungen im sozialen Bereich an Herrn SR Erwin Atzmüller.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Pkt. 1) BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER:

Als Protokollprüfer wurden bestellt: GR Rudolf Blasi
GR Dr. Markus Spöck, MBA

ERÖFFNUNG DER SITZUNG:

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Darf sie herzlich begrüßen zur Gemeinderatssitzung. Darf feststellen, dass wir rechtzeitig und ordnungsgemäß eingeladen haben, wir sind beschlussfähig. Darf bekannt geben, dass als Protokollprüfer Gemeinderat Rudolf Blasi und der Gemeinderat Dr. Markus Spöck vorgesehen sind. Entschuldigt sind heute die Gemeinderätin Evelyn Kattnigg, die Gemeinderätin Helga Feller-Höller, der Gemeinderat Uwe Pichler, der Gemeinderat Ing. Thomas Schurz und die Gemeinderätin Michaela Greinöcker. Ich darf zu Punkt Zwei kommen.

Zu Pkt. 2) ANGELOBUNG EINES NEUEN GEMEINDERATSMITGLIEDES:

Ich habe die Ehre und Freude eine Angelobung durchführen zu dürfen, ein neues Gemeinderatsmitglied. Wer es noch nicht in der Zeitung gelesen hat, aufgrund der Verzichtserklärung gem. § 14 (1) StS. 1992 von Frau Mag. Barbara Kapeller, wonach sie mit 31.8.2018, also mit 31.8. hat sie auf die Ausübung ihres Gemeinderatsmandates verzichtet, somit ist ein neues Gemeinderatsmitglied anzuloben und das ist die Frau Anna-Maria Demmelmayr. Gemäß § 10 Abs. 4 StS 1992 hat das neue Mitglied des Gemeinderates nunmehr sein Gelöbnis zu leisten und ich werde die Gelöbnisformel vorlesen und ersuche dich dann, mit "ich gelobe" das dann abzuschließen. Die Formel lautet:

"Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und alle Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern."

ANNA-MARIA DEMMELMAYR, MA:
Ich gelobe.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Bedanke mich und somit hat die Frau Gemeinderätin Anna-Maria Demmelmayr ihr Gelöbnis abgelegt und ist ordentliches Mitglied des Gemeinderates. Wir heißen dich herzlich willkommen, wünschen viel Erfolg und eine kooperative Zusammenarbeit.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Aufgrund dieser Nominierung ist es auch notwendig, in den gemeinderätlichen Ausschüssen Änderungen vorzunehmen und neu zu bilden.

Zu Pkt. 3) BILDUNG DER GEMEINDERÄTLICHEN AUSSCHÜSSE; ÄNDERUNG IN DER ZUSAMMENSETZUNG:

Es liegt somit das Ersuchen der SPÖ-Fraktion vor und ein Wahlvorschlag, wie das aussehen soll. Bei der Wahl „no na" sind ausschließlich die Mitglieder der SPÖ-Fraktion wahlberechtigt und ich darf ihnen zur Kenntnis bringen, wie das aussehen soll: Im Kulturausschuss Ersatzmitglied Anna-Maria Demmelmayr anstelle von Mag. Barbara Kapeller, im Ausschuss für soziale Angelegenheiten, Jugend, Gesundheit und Integration die Frau Demmelmayr anstelle von der Barbara Kapeller, im Verkehrs- und Mobilitätsausschuss Ersatzmitglied Anna Demmelmayr anstelle der Barbara Kapeller, im Umweltausschuss Mitglied Anna-Maria Demmelmayr anstelle von der Mag. Barbara Kapeller und im Ausschuss für Schule-, Sport- und Liegenschaften Ersatzmitglied die Frau Demmelmayr anstelle von der Barbara Kapeller und im Ausschuss für Frauenangelegenheiten und Gleichbehandlung lautet der Vorschlag, dass den Vorsitz die Frau Vizebürgermeisterin Ingrid Weixlberger anstelle von der Frau Mag. Kapeller übernimmt und als Mitglied die Anna-Maria Demmelmayr nominiert wird. Die Wahl hat, wie ich schon gesagt habe, nur in der SPÖ-Fraktion zu erfolgen und ich darf nun die Mitglieder der SPÖ-Fraktion fragen. Wer für diesen Wahlvorschlag ist, der soll bitte ein Zeichen mit der Hand geben. Ist jemand gegen diesen Vorschlag? Übt jemand Stimmenthaltung?

Kulturausschuss:
Ersatzmitglied: Anna-Maria Demmelmayr, MA (anstelle von Mag. Barbara Kapeller)

Ausschuss für soziale Angelegenheiten, Jugend, Gesundheit und Integration:
Mitglied: Anna-Maria Demmelmayr, MA (anstelle von Mag. Barbara Kapeller)

Verkehrs- und Mobilitätsausschuss:
Ersatzmitglied: Anna-Maria Demmelmayr, MA (anstelle von Mag. Barbara Kapeller)

Umweltausschuss:
Mitglied: Anna-Maria Demmelmayr, MA (anstelle von Mag. Barbara Kapeller)

Ausschuss für Schule, Sport und Liegenschaften:
Ersatzmitglied: Anna-Maria Demmelmayr, MA (anstelle von Mag. Barbara Kapeller)

Ausschuss für Frauenangelegenheiten und Gleichbehandlung:
Vorsitz: Ingrid Weixlberger (anstelle von Mag. Barbara Kapeller)
Mitglied: Anna-Maria Demmelmayr, MA (anstelle von Mag. Barbara Kapeller)

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Somit sind die gemeinderätlichen Ausschüsse auch ordnungsmäßig gewählt. Bedanke mich dafür. Wir kommen zu den Mitteilungen des Bürgermeisters.

Zu Pkt. 4) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN:

Liegen keine vor.

Zu Pkt. 5) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS:

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Erste Mitteilung, auch eine Gemeinderatsangelegenheit. Der Gemeinderat Mathias Kaltenböck hat ja, wie wir wissen, auf sein Gemeinderatsmandat temporär einmal verzichtet. Jetzt

hat er mir mit Schreiben mitgeteilt, dass er sein Mandat endgültig zurücklegt und gemäß § 14 StS auf dieses Gemeinderatsmandat verzichtet. Ich nehme an, in der Zwischenzeit hat ja das Gemeinderatsmandat der Kollege Kaufmann ausgeübt, ich nehme an, dass das auch in Zukunft so vorgesehen ist. Wenn das so ist, dann sind damit alle Formalitäten erledigt. Eine Angelobung des Kollegen Kaufmann ist nicht notwendig, weil das ohnehin schon geschehen ist.

Ich muss ihnen, darf ihnen noch etwas zur Kenntnis bringen. Ein Ergebnis einer Aufsichtsbeschwerde. Der Herr Ing. Bernhard Poddany hat Aufsichtsbeschwerde beim Herrn LH-Stv. Dr. Haimbuchner eingebracht, dass beim Einkaufszentrum Tabor keine UVP-Genehmigung vorliegt bzw. keine nachgefragt wurde nach meiner Stellungnahme. Wir haben da geantwortet, wurde von der Landesregierung als Aufsichtsbehörde mit Schreiben vom 27. Juli aus baurechtlicher Sicht Folgendes festgestellt, dass für dieses Bauvorhaben eine Baubewilligung erteilt wurde, eine Beschwerde dagegen keine aufschiebende Wirkung habe und daher die Errichtung baurechtlich zulässig ist. Weiters wurde dem Beschwerdeführer von der Landesregierung mitgeteilt, dass im Hinblick auf die Notwendigkeit eines UVP-Verfahrens die Landesregierung entschieden hat, dass das gegenständige Bauvorhaben nicht der UVP-Pflicht unterliegt. Diese für die Stadt positive Erledigung und Aufsichtsbeschwerde ist über Antrag der Landesregierung dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen, was ich hiermit getan habe.

Ja, Mitteilungen des Bürgermeisters in aller Kürze. Ich denke, wir sind uns glaube ich gar nicht so direkt bewusst, weil wir ja von einem Termin zum anderen hetzen, wie aktiv momentan in dieser Stadt die Entwicklung sich gestaltet. Vor allem die wirtschaftliche Entwicklung. Ich denke nur an die vorletzte, letzte Woche. Wir haben den Spatenstich feiern können mit der Firma Meridor im Stadtgut, in derselben Woche hat stattgefunden die Gleichenfeier für das neue Einkaufszentrum „Hey! Steyr" und gleichzeitig war dann am 13.9. die Übergabe der neuen E-LKW´s von MAN an die ersten Kundschaften. Also lauter Highlights, das ist schon etwas ganz Besonderes. Und am 1. September 30 Jahre SKF in Steyr, am Standort Steyr, die Schweden 30 Jahre am Standort. Glaubt man gar nicht wie die Zeit vergeht, auch eine Erfolgsgeschichte. Da gäbe es noch vieles. Diesen Freitag 25 Jahre Kappa, auch ein Unternehmen, jetzt würde man sagen ein Start-Up ist explodiert. Im Endeffekt haben die begonnen vor 25 Jahren mit zwei Personen, inzwischen ein tolles Unternehmen in der Reinstraumtechnik, in der Reinlufttechnik in der Industrie. Eine unglaubliche Entwicklung. Auch das etwas, was auch für die Stadt schön ist. Und alles was wir selbst momentan machen und bauen ist ja auch zu sehen. Wie es jetzt gerade in dieser Zeit Fachhochschulzubau, -neubau, ein gewaltiges Gebäude, Aufstiegshilfe, Stadtmuseum, Stadtplatz und, und, und. Da rede ich noch gar nicht vom Raika Kompetenzzentrum das gebaut wird. Wohnbau „Neue Heimat" am Tabor, Straßenbau und, und, und. Also es tut sich was in der Stadt und wir sind sehr froh darüber. Aber wie wir wissen, im Wald gibt es keine Zufälle. Manche Dinge müssen so sein. Und ich glaube wir leisten zumindest in vielen Bereichen unseren politischen Beitrag, dass diese Entwicklung momentan so läuft wie sie läuft.

Letzter Punkt Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage. Wir haben im August, Ende August, 3.109 Personen im Bezirk Steyr arbeitslos gemeldet gehabt. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Gesamtsumme der Arbeitslosen um 13,9 % und in absoluten Ziffern um 502 Personen verringert. Das ist eine sehr positive Entwicklung Gott sei Dank. Trotzdem sage ich, Arbeitslosenquote im August nach wie vor 7 %, ist im Vergleich zum Vormonat gleich geblieben. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr hat es sich allerdings um 1,2 % verringert und ich glaube das wird in dieser positiven Tendenz noch ein bisschen weiter gehen.

Noch etwas möchte ich berichten. Wir haben ja, es geht ja alles so schnell und man vergisst manche Sachen, wir haben ja im März in der Gemeinderatssitzung eine Resolution verabschiedet an die Bundesregierung, wo es darum gegangen ist, Lehrlinge, Asylwerber die einen Lehrberuf haben, dass die nicht abgeschoben werden. Und wir haben mehrheitlich beschlossen, dass dieser Antrag oder diese Resolution gefasst wird, um die Gesetzte so zu

ändern, und sie im Endeffekt diese Lehre fertigstellen zu lassen. Ich habe Antwort bekommen vom Außenministerium oder wir haben Antwort bekommen vom Außenministerium, vom Wirtschaftsressort und im Endeffekt auch vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit. Ich möchte das nicht alles vorlesen im Endeffekt. Und auch für Bildung, Wissenschaft und Forschung, an die haben wir das gerichtet, wie nicht anders zu erwarten. Und die momentane aktuelle Diskussion hat es ja noch deutlicher zu Tage gebracht, alles in Wahrheit auch schön umschrieben und formuliert, aber ablehnend. Leider Gottes keine Aussicht, dass das im Gesetz oder dass das gesetzlich geändert wird. Das wollte ich auch noch sagen.

Positives zum Schluss, unsere Juristen haben sich herumstreiten müssen mit einer Firma, die Wettbüros betreibt, die nicht anerkennen wollte, dass Lustbarkeitsabgabe bezahlt werden muss. Das ist bis zum Verwaltungsgerichtshof gegangen und der hat aber die Rechtslage bestätigt, dass selbstverständlich dafür laut der aktuellen Gesetzeslage Abgaben zu zahlen sind. Diese Erkenntnis ist für alle Gemeinden in Oberösterreich ein Vorteil und für die Stadt Steyr natürlich auch. Wir werden da in Summe ungefähr 100.000 Euro Lustbarkeitsabgabe lukrieren können aus dieser Geschichte. Sie haben es halt probiert bis zur letzten Instanz, aber sie müssen das zahlen. Dann glaube ich habe ich das alles abgearbeitet. Und wir treten in die Tagesordnungspunkte ein.

Zu Pkt. 6) AKTUELLE STUNDE:

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Die aktuelle Stunde haben wir nicht.

Zu Pkt. 7) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES gem. § 54 Abs. 3 StS (Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt.)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Die Beschlüsse zum Stadtsenat ersuche ich zur Kenntnis zu nehmen.

VerkRP-3/18 Stadtregionale Strategie für die Stadtregion Steyr – Zusatzmodul Detailplanung und Grobkostenschätzung von Radinfrastrukturmaßnahmen; Auftragsvergabe; Kreditüberschreitung.

Zu Pkt. 8) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Um meine Tagesordnungspunkte berichten zu können, werde ich den Vorsitz an den Herrn Vizebürgermeister Hauser übergeben.

VIZEBÜRGEMEISTER WILHELM HAUSER:
Danke, ich übernehme den Vorsitz und erteile dir für deine Tagesordnungspunkte das Wort.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

1) Gem-63/12 Viktor Seywaltner GmbH; EDV 479, 4400 Steyr, Ennser Straße 68; Abschreibung offener Forderungen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Der erste Tagesordnungspunkt eine Geschichte, die man immer wieder vorfindet. Wir haben die Firma Viktor Seywaltner, er war ja vielen Steyrern bekannt als Malereiunternehmen, ein sehr erfolgreiches. Ist 2012 in Konkurs gegangen und erst jetzt im Endeffekt mit Beschluss vom Oktober 2017 wurde dieses Insolvenzverfahren abgeschlossen. Wir haben in der Zwischenzeit zweimal eine Quote bekommen, also Beträge gegeben, die an die Stadt überwiesen wurden, jeweils 10%. Es war nicht hoch. Jetzt sind übrig geblieben 25.182,86 Euro an nicht bezahlter Kommunalsteuer, die wegen Uneinbringlichkeit abzuschreiben sind. Und das ist der Antrag und ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Steuerangelegenheiten vom 30.07.2018, wird die Abschreibung der offenen Forderungen gegenüber der abgabepflichtigen Viktor Seywaltner GmbH, 4400 Steyr, Ennser Straße 68, in der Höhe von insgesamt **€ 25.182,86** gemäß § 235 der Bundesabgabenordnung, BGBl. Nr. 194/1961 i.d.g.F., genehmigt.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Okay, gibt es dazu eine Wortmeldung? Dem ist nicht der Fall. Der Antrag wurde gehört. Wer für den Antrag ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Dankeschön. Gibt es jemand der gegenteiliger Meinung ist? Übt jemand Stimmenthaltung? Dem ist nicht der Fall. Der Antrag ist somit einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Nächster Tagesordnungspunkt.

2) Präs-171/18 **Gemeinderat Pit Freisais; Individualantrag nach Artikel 139 Abs. 1 Ziffer 3 B-VG auf Aufhebung von Bestimmungen der GOGR.**

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Mein nächster Tagesordnungspunkt behandelt einen Individualantrag des Gemeinderates Pit Freisais. Der Inhalt dieses Antrages ist ihnen ja in den Unterlagen zugeschickt worden. Ich möchte den Amtsbericht jetzt nicht im Detail vorlesen. Im Endeffekt geht es darum, dass der Kollege Freisais kritisiert, dass ihm mangels Fraktionsstatus gewisse Rechte nicht zukommen, weil die lediglich Fraktionen vorbehalten sind. Und eine Fraktion wird nach der Bestimmung des Stadtstatuts aber erst dann gebildet, wenn einer im Gemeinderat vertretenen Wahlpartei mindestens zwei Personen angehören. Der Antragsteller verweist dazu mehrmals auf die OÖ Gemeindeordnung, wonach dort jeder einzelne Gemeinderatsmandatar als Ein-Mann-Fraktion diese Rechte ausüben kann. Rechtlich ist dazu auszuführen, dass die Vorgabe, dass im Gemeinderat der Stadt Steyr Fraktionen mindestens zwei Personen umfassen müssen, im § 42 Stadtstatut vorgegeben. Und dies ebenso im Statut der beiden anderen oberösterreichischen Statutarstädte und auch in der Geschäftsordnung des oberösterreichischen Landtages und des Nationalrates ähnlich geregelt ist. Da dies eine gesetzliche Vorgabe ist für uns in dieser Stadt, kann der Gemeinderat in seiner Geschäftsordnung gar nicht davon abweichen. Dass der Landesgesetzgeber in der oberösterreichischen Gemeindeordnung anderes regelt, ist für die Organe der Stadt irrelevant. Überdies ist es so, dass die Geschäftsordnung des Gemeinderates derartige Rechte der Mandatare, subjektive Rechte des Antragstellers, nicht berührt, weil diese Rechtsvorschrift ja nicht nur für den Kollegen Freisais gilt, sondern für alle und somit auch hier die Kritik ins Leere geht. Der Individualantrag ist somit unzulässig bzw. für den Fall, dass der Verfassungsgerichtshof diesen Antrag für zulässig erklärt, jedenfalls unbegründet, da kein einzelner Gemeinderat, also der Kollege Freisais, der Stadt Steyr im Vergleich zu anderen, einer von uns zum Beispiel, unsachlich benachtei-

ligt wird. Da der Antragsteller weder durch § 6 Abs. 4 GOGR noch dazu durch § 9 letzter Absatz Stadtstatut in seinen subjektiven Rechten verletzt ist, soll der Gemeinderat der Stadt Steyr in seiner Äußerung an den Verfassungsgerichtshof den Antrag stellen: „Der Verfassungsgerichtshof möge den gegenständlichen Individualantrag", ich nehme an, dass der in ganz Österreich gestellt wurde von den NEOS, „als unzulässig zurückweisen, hilfsweise als unbegründet abzuweisen." Das ist der Antrag, ist mein Antrag an den Gemeinderat und ich ersuche um Diskussion und Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat möge die beigeschlossene Äußerung samt Antrag auf Zurückweisung bzw. hilfsweise Abweisung des Individualantrages des Herrn Gemeinderates Pit Freisais beschließen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Gut, gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Freisais, bitte.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:
Werte Kolleginnen und Kollegen. Der Antrag, der Individualantrag, die Beschwerde, ist beim Verfassungsgerichtshof schon vor dem Sommer von mir eingereicht worden. Ich glaube es macht jetzt in dem Rahmen wenig Sinn, dass man da über die juristischen Auslegungen diskutiert. Ich möchte gerne noch meine Beweggründe, warum ich die Beschwerde eingereicht habe, erklären und ihnen da auch näher bringen. Den Rest müssen sich dann die Experten beim Verfassungsgerichtshof ansehen und dementsprechend auch ein Urteil fällen. Grundsätzlich, es ist natürlich so, dass es im Gemeinderat gewisse politische Kräfteverhältnisse gibt. Es gibt größere Parteien, es gibt mittlere, es gibt kleine, es gibt Einzelkämpfer wie zum Beispiel auch mich. Das ist gut so, das ist auch von der Demokratie natürlich so vorgesehen und es gibt einen Wählerauftrag. Daran rüttle ich mit meiner Beschwerde natürlich nicht. Allerdings bin ich schon stark der Auffassung, dass es zwischen den Parteien, egal ob es jetzt eine große Partei ist oder eben ein Einzelner, der entsandt wird von einer Partei, Waffengleichheit geben muss. Also es muss ein gewisses Grundwerkzeug, ein demokratisches Grundwerkzeug geben, was für alle gleichermaßen zugänglich ist und für die Arbeit verfügbar ist. Und da gibt es zwei Punkte im Speziellen, die was mir da so zu sagen sauer aufstoßen in der derzeitigen rechtlichen Fassung. Das ist erstens einmal die Möglichkeit, Anträge, Initiativanträge in den Gemeinderat einzubringen. Aktuell ist es so, dass man als einzelner Mandatar die Unterschrift von einem zweiten Mandatar oder Stadtrat braucht, damit die Idee oder das Anliegen des Gemeinderates als diskussionswürdig praktisch qualifiziert wird und da im Gemeinderat behandelt wird. Jetzt kann man sagen, natürlich das geht über alle Parteien gleicher Maßen hinweg. Auch einer von einer größeren Partei braucht die Unterschrift von einem Zweiten. Allerdings muss man natürlich schon anerkennen, dass ich da in einer besonderen Art und Weise betroffen bin. Weil ich muss mir nicht nur einen zweiten Kollegen beim Gemeinderat suchen, sondern ich muss natürlich über die Parteigrenzen hinaus aktiv werden und schauen, dass mir irgendwer von einer anderen Partei praktisch zugesteht, dass der Antrag da eingebracht wird in den Gemeinderat. Und das ist halt aus meiner Sicht demokratisch fragwürdig, vor allem wenn man eben über die Stadtgrenzen hinausblickt. Wo es in kleineren Gemeinden oder generell in Städten, die halt der Gemeindeordnung unterliegen, sehr wohl möglich ist, dass ein einzelner Gemeinderat Anträge einbringt. Auch in anderen Statutarstädten im Übrigen österreichweit betrachtet, ist das möglich. Und nachdem wir ja doch alle auf dieselbe Verfassung zurückblicken oder aufblicken praktisch, ist es halt schwer erklärbar, warum Gemeinderat ungleich Gemeinderat ist. Das ist das, was ich praktisch bei Punkt 1 anfechte beim Verfassungsgerichtshof. Das Zweite ist eben der Fraktionsstatus. Der Fraktionsstatus wird aktuell nur Parteien oder Vertretern einer Partei zugestanden, die halt mit mehr als wie einem Mandatar im Gemeinderat vertreten sind. Und an den Fraktionsstatus sind mehrere Rechte geknüpft, die uns die Arbeit zum einen erleichtern und zum anderen aber überhaupt erst ermöglichen. Also besonders hervorgreifen möchte ich da die Ausschüsse, in denen eben nicht vorgesehen ist, dass ein ein-

zelner Mandatar, der von einer Partei entsandt ist, mitwirken kann. Also da rede ich gar nicht davon, dass ich abstimmen kann in einem Ausschuss, sondern auch schon die Möglichkeit, da in beratender Funktion dabei zu sein, Wortmeldungen abzugeben, ist vom Statut nicht vorgesehen. Und das ist einfach schwer nachzuvollziehen. Zum einen weil es eben auch wieder in anderen Städten, Gemeinden in Österreich und auch in Oberösterreich eben unter der...also alle, die keine Statutarstädte sind, möglich ist. Und zum anderen auch, wenn man historisch zurückblickt in unserer Statutengeschichte, es war auch in Steyr möglich, dass ein einzelner Gemeinderat Fraktionsstatus hat. 1979, wie die Fraktionen eingeführt wurden, hat ein einzelner Mandatar Fraktionsstatus gehabt und hat natürlich die Rechte, die ich da jetzt praktisch gerne erkämpfen würde, gehabt. So weit so gut. Also mir geht es da in erster Linie auch darum, dass halt nicht zusätzlich zu der Hürde, die man als Bürger hat, dass man durch die Wahl in den Gemeinderat hinein kommt, dass es da noch weitere Hürden gibt, die man nehmen muss um eben für die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt tätig sein zu können, da hätte ich gerne eben mehr Minderheitenrecht so zu sagen. Meine Einladung ist jetzt praktisch an sie als Vertreterinnen und Vertreter im Gemeinderat, dass sie vielleicht ein Zeichen setzen, wenn sie das nachvollziehen können, dass ich da praktisch als Einzelner eben doch schlechter gestellt bin, als wenn ich einer größeren Partei angehören würde. Vielleicht gerade eine Vertreterin oder Vertreter der FPÖ oder der Grünen, die ja selbst ursprünglich mit einer geringen Mandatszahl da im Gemeinderat einmal angefangen haben irgendwann, können das vielleicht eher nachvollziehen noch. Oder auch sie Frau Frech, die da bis zu einem gewissen Grad Einzelkämpferin ist. Würde mich freuen, wenn wie gesagt die eine oder andere Gegenstimme oder Enthaltung als Zeichen für praktisch, ich will jetzt nicht Minderheitenschutz sagen, aber halt doch bis zu einem gewissen Grad, dass man eben auch die Kleinen praktisch wahrnimmt und die die Möglichkeit haben, zumindest ansatzweise eh abseits natürlich von dem Kräfteverhältnis, das es ja sowieso gibt, mitzugestalten und auch die Ideen einzubringen. Danke für die Aufmerksamkeit.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Frau Kollegin Frech hat sich als Nächste zu Wort gemeldet.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Der Kollege Freisais hat mich ja gerade persönlich auch angesprochen. Inhaltlich, Herr Kollege Freisais, rennen sie natürlich bei mir offene Türen ein. Keine Frage, als Vertreterin einer Bürgerliste, die auch einmal Fraktionsstatus hatte, wie das noch war damals beim Liberalen Forum, weiß ich natürlich, was sie da ansprechen, keine Frage. Und persönlich sehe ich das auch so, dass wenn jemand hier herinnen gewählt ist, egal ob mit einem Mandat oder mit zwei, einen Fraktionsstatus haben sollte und sämtliche Rechte haben sollte. Genauso auch im Gemeinderat, dass jeder Mandatar die Möglichkeit hat, einen Antrag einzubringen, auch mit nur einer Unterschrift, nämlich seiner eigenen. Das war übrigens in diesem Gemeinderat noch nie anders, man musste immer, auch wenn man Fraktion war, zwei Unterschriften einbringen, hat man gebraucht. Da rennen sie bei mir offene Türen ein. Das ist das eine. Und ich weiß ja auch wie das ist, wenn man da so als Einzelkämpfer unterwegs ist oder vielleicht eben nicht alle Rechte hat. Aber, und jetzt kommt ein bisschen das aber. Mich stören ein paar Dinge. Mich stört, dass man diese Themen, die sehr wichtig sind und dich ich mir wünschen würde, dass sie in diesem Haus hier herinnen auch wirklich diskutiert werden, dass man das macht über einen Anwalt, wo man zugleich droht mit Kostenübernahme, wo die Stadt Steyr verpflichtet wird etc. und vorher eigentlich kein einziges Mal mit den einzelnen Fraktionen spricht. Mit mir haben sie über dieses Thema nicht gesprochen. Und ich bin jederzeit offen für ein Gespräch, das weiß jeder da herinnen. Meine Handynummer ist öffentlich, man kann mich wunderbar erreichen. Gab es nie ein Gespräch, ich weiß nicht ob es mit anderen eines gab. Sie haben auch noch nie in all den Jahren, wo sie schon herinnen sind versucht, für einen Antrag jemanden als Unterstützer zu bekommen, also mich zumindest haben sie nicht angesprochen, ob ich ihnen einen Antrag unterstütze. Aus ideologiepolitischen Gründen würde ich das durchaus machen. Aus dem ganz einfachen Grund, das eine ist einen Antrag zu unterstützen, das andere ist sich auch inhaltlich einverstanden

zu erklären. Und ich kann sehr wohl einen Antrag unterstützen, dass er eingebracht wird und beim Gemeinderat dagegen stimmen. Das haben sie aber nie gemacht Herr Freisais. Sie kommen gleich mit dem Anwalt, sie reden nicht. Und das ist das, was ich mir nicht wünsche. Ich wünsche mir auch nicht eine Diktion, wo man von Waffengleichheit spricht. Mit dem Begriff Waffengleichheit und Waffe sollte man gerade in einem Gemeinderatssitzungssaal, gerade in Zeiten wie diesen, sehr vorsichtig umgehen. Ich wünsche mir eine politische Kommunikation auf Augenhöhe. Dazu gehört, bin ich völlig bei ihnen, diese Angelegenheit mit den Rechten die man hat als Mandatar, die Diskussion ab wann hat man Fraktionsstatus, weil das wirklich etwas ist, was kleinere Listen stark benachteiligt. Aber die Art und Weise, wie sie das angehen, muss ich ganz ehrlich sagen, das ist etwas, das muss man schärfstens zurückweisen. Mit dem Anwalt zu kommen, nicht vorher zu reden. Wenn sie dann eine Beschwerde einreichen beim Verfassungsgerichtshof, nachdem sie mit allen gesprochen haben, dann ist das überhaupt, das ist die letzte Möglichkeit. Aber zuerst spricht man mit den Menschen. Das würde ich mir wünschen. Und sie haben gesagt, sie haben keine Möglichkeit in den Ausschüssen, sie können nicht aktiv werden. Was hindert sie denn aktiv zu werden? Sie können jeden gemeinderätlichen Ausschuss besuchen. Sie können sich dort informieren, sie sind herzlich willkommen. Als Vorsitzende des Kulturausschusses freue ich mich über jeden Gemeinderat, der in den Ausschuss kommt. Sie wären selbstverständlich genauso herzlich willkommen. Wir besuchen im Regelfall immer eine Kultureinrichtung, was ich für sehr wertvoll halte, dass die Mandatare auch hier sich vor Ort begeben. Sie werden herzlich dazu eingeladen. Sie könnten das tun. Sie waren noch in keiner gemeinderätlichen Kulturausschusssitzung. Und auch das ist in diesem Haus bekannt, auch wenn die Juristen mitunter sagen, das gefällt uns nicht so ganz, was ich da mache. Bei mir darf man auch reden. Und ich werde niemandem, auch wenn er kein Recht hat, in einem Ausschuss Mitglied zu sein, das Wort verbieten. Ich höre mir das an. Das heißt, warum nutzen sie das nicht? Seit Jahren könnten sie das nutzen. Sie könnten aktiv werden. Und deshalb stelle ich mir schon ein bisschen die Frage, wie ernst ist es ihnen denn wirklich mit diesem aktiv werden? Sie haben die nächste Möglichkeit, Kollege Freisais, nächste Woche Donnerstag 15.00 Uhr, Stadtsenatssitzungssaal. Besuchen sie den gemeinderätlichen Kulturausschuss und selbstverständlich dürfen sie sich dort auch verbal einbringen, wir gehen mit Anregungen, ich bin über jeden dankbar und freue mich, der sich für Kultur, für Kunst interessiert. Im Übrigen habe ich sie auch leider, und das liegt jetzt überhaupt nicht an rechtlichen Dingen, noch kaum oder nie, das nie stelle ich in den Raum, ich merke mir auch nicht unbedingt alles, nachdem ich sehr, sehr viel unterwegs bin, aber ich glaube ich habe sie kaum noch bei Kulturveranstaltungen begrüßen dürfen. Und ich begrüße immer alle Gemeinderäte des Kulturausschusses aber auch natürlich andere Mitglieder des Gemeinderates bei solchen Veranstaltungen oder der Kollege Gunter Mayrhofer als Stadtrat für Kultur. Warum nutzen sie das nicht? Warum gehen sie nicht in diese Kultureinrichtungen? Wie gesagt, herzliche Einladung, 25.9. nächsten Donnerstag. Sie lernen dort auch die Mitglieder des Stadtkulturbeirates kennen. Nutzen sie das doch, werden sie aktiv. Und wie gesagt, die Art und Weise, inhaltlich würde ich gerne mit ihnen darüber diskutieren und vor allem auch in diesem Gemeinderat darüber, in eigenen Sitzungen. Da bin ich voll bei ihnen. Aber diese Art und Weise hier mit Rechtsanwalt ohne vorher mit jemandem zu reden und jahrelang nicht sichtbar zu sein in diesem Gemeinderat und außerhalb dieses Gemeinderates. Und ich habe sie weder bei Kulturveranstaltungen groß gesehen noch bei anderen. Und es ist selbstverständlich so, und das weiß jeder hier herinnen, man kann nicht überall hingehen. Den einen sehe ich mehr bei der Feuerwehr, den anderen sehe ich mehr bei der Kultur, der andere geht mehr zum Sport, der andere mehr bei Wirtschaftsveranstaltungen. Die große Aktivität, tut mir Leid Herr Pit Freisais, habe ich bisher nicht vernommen. Das ist meine Botschaft. Nutzen sie die Rechte die sie haben, die Möglichkeiten die sie haben und ich unterstütze sie gerne jederzeit bei einer Änderung, sofern es eine Mehrheit in diesem Gemeinderat gibt, für mehr Rechte der einzelnen Mandatare. Da bin ich voll bei ihnen. Aber fangen sie bitte einmal an, die Rechte die sie haben zu nutzen und sich für diese Stadt zu engagieren. Danke.

Applaus

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Bitte nächster zu Wort gemeldet der Kollege Prack, bitte.

GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:
Werte Kolleginnen und Kollegen. Ganz so streng gehe ich nicht in das Gericht. Das war jetzt schon inhaltlich in Ordnung, was da gekommen ist, es hat ein bisschen nach Schule geklungen. Ich bin auch Lehrer.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Das wird dir bekannt vorkommen.

GEMEINDRAT MAG. KURT PRACK:
Aber inhaltlich kann ich vieles davon unterschreiben. Ich glaube, dass der Weg jetzt nicht nur, weil man nicht gleich zum Richter läuft, der falsche war sondern auch aus fachlicher Sicht der falsche ist, weil ja die Leute, die die Gesetze für die Statutarstädte machen, in Linz sind und an die müsste sich auch die...ein etwaiger Antrag auch aus Steyr richten. Gleich zu Beginn von dem, was ich zu sagen habe. Die Einladung, weil inhaltlich sehe ich das durchaus so, warum sollst du nicht Anträge einbringen können? Aber wir werden es da herinnen nicht richten können, aber wir können einen Antrag...du kannst zu den Grünen kommen, du warst übrigens auch noch nie bei uns um zu fragen, ob wir nicht gemeinsam irgendwie vielleicht dir was unterschreiben, wir müssen es ja nicht gemeinsam machen, so wie es die Michaela gesagt hat. Unterschreiben tun wir dir, das Allermeiste vermutlich. In diesem Antrag könnte drinnen stehen, dass die Stadt sich an das Land wenden möge, um genau diese Statuten zu ändern. Da hast du unsere Unterstützung ganz sicher. Das wäre vermutlich der bessere Weg und wahrscheinlich auch der einzige, der vielleicht was bringen kann. Im Umweltausschuss bist du selbstverständlich auch herzlich willkommen. Warst aber auch noch nicht da und ich habe dich aber eingeladen dazu. Ist mir schon klar, dass du nicht in jeden Ausschuss gehen kannst, aber die anderen wissen mehr, wo man dich schon gesehen hat. Natürlich kannst du bei uns im Umweltausschuss auch mitreden, eh klar. Was deine Aufforderung anbelangt, wir mögen doch bitte gegen den jetzigen Antrag stimmen um ein Zeichen zu setzen. Das geht nicht, das ist juristisch richtig, ich müsste gegen etwas stimmen von dem ich weiß, dass es stimmt und das kannst du nicht ernsthaft verlangen von den Leuten. Das Zeichen können wir aber gerne anders setzen. In der nächsten Sitzung mit einem Antrag deinerseits, den wir unterschreiben, damit der dann auch hier eingebracht werden kann. Und vielleicht geht es auf diesem Weg, dass du auch Anträge stellen kannst und die Fraktionsrechte bekommst. All das können wir uns gerne anschauen. Auch von meiner Seite oder von unserer Seite das Gesprächsangebot. Das war es, danke.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Dankeschön. Kollege Freisais hat sich noch einmal zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:
Liebe Kolleginnen und Kollegen. Es freut mich natürlich, dass es da eine Kooperationsbereitschaft gibt, dass natürlich grundsätzlich die Bereitschaft besteht, mich da bei Anträgen zu unterstützen. Die Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof die ist in dem Gremium auch bitte nicht als Vorwurf an sie zu verstehen, keineswegs. Weil wie das geändert wurde, da war vermutlich keiner von uns im Gemeinderat oder generell in den Gremien vertreten.

Allgemeine Unruhe

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:
Entschuldige mich. Haben wir einen Vertreter aus dieser Zeit praktisch unter uns. Wie gesagt, es ist kein Vorwurf an sie, dass die rechtliche Regelung ist wie sie ist. Es freut mich auch, dass es grundsätzlich wie gesagt das Angebot zur Kooperation gibt. Es geht mir aber um was Grundsätzliches. Es kann aus meiner Sicht nicht sein, dass man auf den „Goodwill" einer anderen Partei angewiesen ist, um für die Bürgerinnen und Bürger in seiner Funktion

als Gemeinderat, in der Funktion, in der man entsandt worden ist, arbeiten zu dürfen. Es ist zwar nett, dass wie gesagt eine Kooperationsbereitschaft da steht, aber aus meiner Sicht muss das grundsätzlich gegeben sein. Und deswegen auch die Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof. Anwalt deswegen, weil ohne Anwalt kann man keine Beschwerden beim Verfassungsgerichtshof einreichen, das ist gesetzlich vorgeschrieben. Deswegen war der Weg notwendig. Und auch die Diskussion, die habe ich mir jetzt nicht von einem Tag auf den anderen ausgedacht, sondern die steht auch schon länger. In den anderen Statutarstädten, in Linz und Wels haben wir genau dieselbe Situation. In Wels ebenfalls ein Neos-Kollege, der dieselbe Situation vorfindet. In Linz zum Beispiel gibt es eine Kollegin von der KPÖ, die dieselben Voraussetzungen vorfindet. Und da wird auch schon ewig hin und her diskutiert. Man konnte das ganze einmal reformieren. Meistens spielt sich dann Land und Gemeinde den Ball hin und her. Ja, wenn sie wollen täten aber sie wollen ja nicht. Und die anderen kommen auch nicht in Bewegung. Daher Nägel mit Köpfen. Die Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof. Ich möchte es prüfen lassen, ob das praktisch mit den Grundrechten vereinbar ist. Es kann sein, dass das juristisch abblitzt, es kann sein, dass ich richtig bin, das wird spannend. Wie gesagt, das ist nicht als Vorwurf zu verstehen, aber meine Öffnung ist natürlich, dass da entsprechender Schwung in die ganze Diskussion kommt. Herr Bürgermeister, sie haben vorher gesagt, sie vermuten, dass das österreichweit eingereicht worden ist. Das ist nicht der Fall. Das ist wirklich ein Fall, der von Steyr ausgeht. Es kann allerdings natürlich sein, wenn es jetzt da in Steyr Erfolg hat, dass weitere Städte dem Beispiel dann folgen. Das wird sich zeigen. Ja, wie gesagt, es bleibt spannend und es würde mich natürlich, ich habe es eh schon gesagt, freuen, wenn praktisch auch im Stimmverhalten dementsprechend sich was wiederspiegelt. Über die juristische Richtigkeit kann man wie gesagt streiten. Es gibt da immer zwei Seiten. Soweit dazu und es wird spannend und danke für die Aufmerksamkeit.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Bitte, Kollege Mayrhofer.

STADTRAT KOMMR. GUNTER MAYRHOFER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Pit. Erstens einmal das Stadtstatut wird vom Land festgelegt. Zweitens wir stimmen nicht jetzt darüber ab in diesem Antrag, ob wir der Meinung sind, dass eine Fraktion aus zwei bestehen sollte oder nur aus einer Person. Abgestimmt wird über den vorliegenden Amtsbericht, da können wir gar nicht anders abstimmen. Und das werden wir auch machen. Darum glaube ich wird sich die Spannung sehr in Grenzen halten. Weil hier sehe ich diese Situation mehr als eindeutig. Die zweite Geschichte, weil du immer wieder das Wort Demokratie in den Mund nimmst. Demokratie ist eigentlich eine Findung von Mehrheiten. Wenn du es in diesem Raum mit den ganzen Menschen hier nicht schaffst, dass du einen Zweiten findest, der deinen Antrag unterstützt, dann brauchst du auch wirklich keinen Antrag stellen. Weil dann hast du keine Chance, dass du irgendeine Mehrheit finden wirst. Und ich fordere dich wirklich auf, kümmere dich mehr darum, wir haben das schon oft erlebt mit deinen Anträgen, wo wir gemerkt haben, du hast dich überhaupt nicht informiert, obwohl du ein Informationsrecht hast. Das nimmst du nicht wahr. Es geht dir viel mehr darum, dass du da stehst, dass du in die Kamera siehst und dass du einen Auftritt, einen öffentlichen, hast. Das verstehen wir nicht unter politischer Arbeit.

Applaus

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
So, gibt es noch eine Wortmeldung? Dem ist nicht der Fall.

Unverständlicher Zwischenruf

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Bitte? Bitte, Frau Kollegin Frech. Entschuldigung.

Diverse unverständliche Zwischenmeldungen

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich mache es ohnedies kurz, aber ich muss mich deshalb noch einmal melden, um etwas ein bisschen richtig zu stellen. Der Kollege Freisais hat gesagt, es ist ihm nichts anderes übrig geblieben, als diese Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof einzureichen. Ich habe eh zuerst schon gesagt, man hätte ja vorher reden können, gut. Dann macht er eben die Beschwerde. Das stimmt aber nicht ganz. Weil hätten sie, Herr Freisais, über ihren Anwalt eine Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof gemacht, dann würden wir jetzt nicht hier herinnen eine Stellungnahme beschließen, sondern sie haben einen Individualantrag eingebracht. Und der muss im Gemeinderat behandelt werden und es muss dann eine Stellungnahme des kollegialen Organs geben, sprich des Gemeinderates. Und wir stimmen hier jetzt ja nur über diese Stellungnahme ab, die der Gemeinderat aufgrund der Aufforderung des Rechtsanwaltes getätigt hat. Das hätten sie sich eigentlich ersparen können, es war nicht unbedingt notwendig. Das heißt, das möchte ich schon zurückweisen. Den Verfassungsgerichtshof über diesen Gemeinderat, den Gemeinderat da zu involvieren, war absolut nicht notwendig. Gespräche wären da sehr viel zielführender gewesen, auch wenn am Ende dann vielleicht eine Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof steht. Das ist ihnen ja unbenommen, aber ich finde, Politik ist Kommunikation, Politik ist das aufeinander Zugehen und nicht über Dritte sich etwas ausrichten zu lassen und so weiter und so fort.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Gut, dankeschön für diese Wortmeldung. Herr Bürgermeister bitte Schlusswort.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Kein Schlusswort.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Danke, es ist also alles gesagt. Wir wurden jetzt auch in vielerlei Hinsicht aufgeklärt darüber, wie die einzelnen Ansichten sind und ich komme zur Abstimmung. Wer also dieser Stellungnahme des Herrn Bürgermeisters im Auftrag des Gemeinderates zustimmt, bitte ein Zeichen mit der Hand. Gibt es eine gegenteilige Meinung? Das hätte mich gewundert jetzt, wenn sie mitgestimmt hätten Herr Kollege Freisais. Also eine Gegenstimme. Gibt es eine Stimmenthaltung? Dem ist nicht der Fall. Dann mit einer Gegenstimme angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **1**
GR Rudolf Blasi

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **30**

Zustimmung: **29**

SPÖ 14 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.in Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GRin Anna-Maria Demmelmayr, MA, GRin Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRin Heidemarie Kloiber, GRin Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRin Silvia Thurner, GRin Anneliese Zimmermann)

FPÖ 7 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GR Josef Holzer, BA (FH), GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 4 – (GR^{in} MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GR^{in} Ursula Voglsam)

GRÜNE 4 – (StR. Mag. Kaufmann, GR^{in} Maria Lindinger, MAS MSc, GR^{in} Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Dankeschön. Damit ist mein Vorsitz zu Ende, weil du alle Berichte vorgeführt hast und alle Anträge vorgebracht und ich übergebe dir wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Bedanke mich dafür. Darf den Herrn Vizebürgermeister Hauser nun um Berichterstattung ersuchen. Bitte Willi.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

3) EN-7/13 **Vergabe des Stromlieferauftrages für die Kalenderjahre 2019 bis 2020.**

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätztes Präsidium, werte Gäste, geschätzte Presse. Ich habe einige Tagesordnungspunkte heute und der erste befasst sich mit der Vergabe des Stromlieferauftrages für die Kalenderjahre 2019 und 2020. Wie sie ja wissen, haben wir einen derzeit rechtsgültigen Stromliefervertrag mit der Energie AG und haben dort eine Klausel drinnen, dass wir den auch verlängern können. Insgesamt beziehen wir 6,8 Mio. Kilowattstunden auf ca. 280 Zählpunkten hier in der Stadt. Und es ist eben so, dass wir unter anderem auch Altverträge haben, die so zu sagen mit der OKA damals abgeschlossen wurden und wo es gewisse Rückflüsse aus der OKA gegeben hat und die dann von der Energie AG auch rechtlich anerkannt wurden und übernommen wurden. Jetzt ist es so, dass es in den letzten Jahren so zu sagen dieser Strompreis sprunghaft angestiegen ist und wir derzeit einen ca. 67 % höheren Preis haben an der Börse als wir gehabt haben zum damaligen Zeitpunkt des Abschlusses vor zwei Jahren dieses Stromliefervertrages. Damals hatten wir einen Preis von 3,2 Cent, in dem wir auch auf diese Rabattierung von 10 % für diese Jahre verzichtet haben, haben wir so zu sagen einen Gesamtpreis bekommen, der niedriger ist. Jetzt bieten sie uns an unter denselben Voraussetzungen 4,36 Cent. Ich habe das auch schon im Stadtsenat alles präsentiert gehabt. Und wir sind also in einer Situation, dass wir hier bei einem Preisaufkommen für zwei Jahre von insgesamt 592.960 Euro, sprich also ca. 250.000 Euro im Jahr, bei diesem Preis eine Preiserhöhung haben von 36,2 % gegenüber den 67 % Steigerungen an der Börse. Und ich schlage daher vor, dass man den Lieferauftrag für die Jahre 2019 und 2020 unter diesen Bedingungen wieder an die Energie AG Oberösterreich gibt, wo es auch ein Zertifikat gibt, dass es rein aus erneuerbarer Energie, also sprich diesen berühmten Ökostrom gibt. Dazu brauchen wir einerseits die Beschlussfassung des Gemeinderates, weil es also um einen Wert geht, der über 25.000 Euro liegt und ich ersuche der Verlängerung dieses Stromliefervertrages auf die Kalenderjahre 2019 und 2020 die Zustimmung zu erteilen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Liegenschaftsverwaltung vom 02.07.2018 wird

- der Energie AG Oberösterreich Vertrieb GmbH & Co KG, Böhmerwaldstraße 3, 4021 Linz, der Auftrag für die Lieferung von elektrischer Energie für städtische Einrichtungen für die Kalenderjahre 2019 bis 2020 verbrauchsabhängig in Höhe von ca. € 592.960,00, netto (4,36 Cent/kWh) zzgl. der Steuern, Abgaben, und Netzdienstleistungen erteilt und
- dem Abschluss des beigeschlossenen Energieliefervertrages samt Zusatzvereinbarung mit der „Energie AG Oberösterreich Vertrieb GmbH & Co KG, Linz", die Zustimmung erteilt.

Die Verrechnung der Kosten in Höhe von ca. € 592.960,-- netto (jährlich ca. € 296.480,00) zuzüglich der gesetzlich geregelten Steuern, Abgaben und Netzdienstleistungen erfolgt auf verschiedenen Betriebskosten-Strom-Voranschlagsstellen (1/xxxxxx/600000).

Die erforderlichen Mittel sind im ordentlichen Haushalt auf den oben beschriebenen Betriebskosten-Strom-Voranschlagsstellen vorzusehen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Mir liegt zu diesem Antrag keine Wortmeldung vor. Der Antrag wurde gehört, ich bringe ihn zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **1**
GR Rudolf Blasi

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Bitte dein nächster Punkt.

4) FW-3/18 **Ankauf eines Kleinrüstfahrzeuges Logistik „KRF-L" für die Freiw. Feuerwehr Steyr, Techn. Zug.**

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Der nächste Tagesordnungspunkt beschäftigt sich mit dem Ankauf eines Kleinrüstfahrzeuges Logistik für die Freiwillige Feuerwehr beim Technischen Zug. Wir befinden uns hier auch im Rahmen des Fahrzeugplanes, der auch von uns allen mit dem Gefahren- und Entwicklungsplan beschlossen wurde. Es geht um ein Fahrzeug, das so zu sagen der Technische Zug benötigt und wir hier eben aufgrund der Ausschreibungskriterien es so haben, dass wir jetzt die erste Rate beschließen und dann für das Fahrzeug, das ausgeliefert wird, im ersten Quartal 2019 dann eben hier diese Gelder vorgesehen sind. Jetzt geht es um 50.000 Euro, der Rest wird dann im nächsten Budget vorzusehen sein. Und ich ersuche für die Feuerwehr dieses Kleinrüstfahrzeug dementsprechend anzuschaffen im Gesamtpreis von 118.902 Euro. Und jetzt geht es um die 50.000 Euro für die erste Rate.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Liegenschaftsverwaltung vom 13.07.2018 wird den Auftragsvergaben zum Ankauf eines Kleinrüstfahrzeuges Logistik „KRF-L" an die

	exkl. USt.	inkl. USt.
Fa. Vazansky GesmbH, Steyr – Fahrgestell	€ 64.968,71	€ 77.962,45
Fa. Obermayr, Garsten – Aufbau	€ 26.231,00	€ 31.477,20
Fa. Rosenbauer, Leonding – Rollcontainer	€ 7.886,00	€ 9.463,20
		€ 118.902,85

zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden im Rechnungsjahr 2018 Mittel im Ausmaß von

€ 50.000,-- (fünfzigtausend)

bei der VA - Stelle 5/163000/040000 freigegeben.

Der Restbetrag von **€ 68.902,85** ist im Budgetjahr 2019 zu berücksichtigen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 50.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Ich habe es eh schon einmal gesagt. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir diesen Fahrzeugplan, so wie er vom Landesfeuerwehrkommando erstellt wurde, auch immer einhalten. Da sind wir auf der sicheren Seite und die Freiwillige Feuerwehr ist in der Lage immer das modernste Gerät zu haben und trotzdem wirtschaftlich zu denken. Das ist gut so. Die zweite Rate haben wir zumindest in den Vorgesprächen für das Budget 2019 schon eingetaktet. Ich ersuche um Beschlussfassung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Jemand gegenteiliger Meinung? Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Bitte nächster Punkt, ein bisschen teurer wird es.

5) FW-2/18 **Ankauf eines Löschfahrzeuges „LF" als Ersatzbeschaffung für ein „LFB-A2" Bj. 1994 auf Fahrgestell MAN TGM 12.250 FW für die Freiw. Feuerwehr Steyr, Löschzug 4.**

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Mein nächster Punkt ist ein teureres Fahrzeug, nämlich ein Löschfahrzeug als Ersatzbeschaffung für ein anderes Löschfahrzeug, das 1994 in den Dienst gestellt wurde. Und es geht um ein Fahrzeug, das dem Löschzug 4 zugeordnet ist. Es geht hier letztlich darum, auch in diesem Gefahren- und Entwicklungsplan und der Fahrzeugliste so zu sagen hier den Ersatz durchzuführen. Also dieses Fahrzeug kommt nächstes Jahr und es ist dann eben 25 Jahre alt. Ich möchte mich da auch sehr herzlich bei der Feuerwehr bedanken, weil sie wirklich sehr sorgsam auch mit dem Gerät umgehen. Weil 25 Jahre so zu sagen die Fahrzeuge in diesem Zustand aufrecht zu erhalten und einsatzfähig zu halten ist auch nicht immer ganz einfach. Es hat die Ausschreibung gegeben und die ist unweit erfolgt und es hat nur da ein Angebot gegeben, das gekommen ist von der Firma Rosenbauer aus Leonding mit einem Gesamtpreis von 381.564 Euro. Und es geht jetzt um die erste Rate, die hier zu bezahlen ist und das sind 190.000 Euro. Und der Rest eben, die 191.564 Euro, im Budget 2019 vorzusehen sind. Ich ersuche auch hier um Diskussion bzw. Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Liegenschaftsverwaltung vom 30.07.2018 wird der Auftragsvergabe zur Ersatzbeschaffung eines Löschfahrzeuges „LF" an den Bestbieter

	exkl. USt.	**inkl. USt.**
Fa. Rosenbauer, 4060 Leonding	€ 317.970,00	**€ 381.564,00**

zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden im Rechnungsjahr 2018 Mittel im Ausmaß von

€ 190.000,-- (hundertneunzigtausend)

bei der VA - Stelle 5/163000/040000 freigegeben.

Der Restbetrag von € **191.564,00** ist im Budgetjahr 2019 zu berücksichtigen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 190.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Mir liegt keine Wortmeldung vor. Wir reden hier schon von gewaltigen Beträgen, ein Fahrzeug 381.000 Euro. Aber wenn man dann die Geräte sich ein bisschen näher betrachtet, das sind ja technische Wunderwerke, das ist ein bisschen mehr als ein LKW, das sind Hilfs- und Rettungseinsatzfahrzeuge. Aber wie gesagt, der Betrag ist auch gewaltig. Wer für diesen Antrag ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Bitte nächster Punkt.

6) GHJ2-53/17 **„Stadtplatz neu" – Vergabe von Leistungen an die Kommunalbetriebe Steyr.**

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich habe hier einen Antrag für den, ich sage jetzt einmal, einen Teilakt für den „Stadtplatz neu". Es geht hier um die Vergabe der Leistungen an die Kommunalen Betriebe, die wir alle schon einmal andiskutiert, durchdiskutiert haben, sich auch die Prototypen angesehen haben, wie das alles aussieht. Und es geht hier einerseits um die Aufstellung und Beschaffung und Anfertigung von Blumentrögen. Die Herstellung der Prototypen, die wir gehabt haben, Beschaffung von diversem Stadtmobiliar, wie Poller, Abfallkörbe und Bänke, wo auch hier dementsprechend vorher zur Begutachtung diese Prototypen angeschafft wurden. Und letztlich auch diese automatischen Absperrpoller bzw. die Anschlussschächte für die Elektro- und Wasserinstallationen, die wir auf dem neu herzustellenden Marktgelände brauchen. Und letztlich auch die Markierungsarbeiten. Ich weiß, auch hier geht es um eine große Summe, nämlich um 331.280 Euro und ich weiß auch, dass viele, also wir alle aber auch viele Bürgerinnen und Bürger zur Kenntnis nehmen werden müssen, dass hier viele Dinge auch so zu sagen auf der Erdoberfläche bzw. unter der Erde sich befinden bei diesen Elektroschächten und dergleichen. Aber sie werden un-

gleich das Leben für uns alle dann bei Veranstaltungen, bei Kleinveranstaltungen und Märkten letztlich erleichtern. Und ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Möchte nur darauf hinweisen, dass hier auch die Kreditüberschreitung zu bewilligen ist, weil wir das ursprünglich, eine kleinere Summe im Budget vorgesehen hatten für das gesamte Projekt und das jetzt notwendig ist, aber noch immer alles in dieser Summe, die wir ursprünglich im Grundsatzbeschluss festgelegt haben.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 27. August 2018 werden für diverse Tätigkeiten im Zuge der Umgestaltung des Stadtplatzes die Kommunalbetriebe Steyr mit € 331.280,00 inkl. anteiliger USt. beauftragt.

Zur finanziellen Bedeckung der Durchführung dieser Maßnahmen werden Mittel

in Höhe von **€ 331.280,00 (inkl. anteiliger USt.)**
bei Voranschlagsstelle 5/612000/050000
(Gemeindestraßen – Sonderanlagen; Umsetzung Studie „Stadtplatz neu")

in Form einer Kreditüberschreitung bewilligt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 331.280,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Als erster zu Wort gemeldet der Herr Stadtrat Mag. Kaufmann. Bitte Reinhard.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:
Werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat und geschätzte Gäste. In Zusammenhang mit unserem späteren Antrag zu Tagesordnungspunkt 9 ist da eine Anmerkung notwendig aus unserer Sicht zu diesem Antrag. Und zwar, wenn wir, was in unserem Antrag dann vorgeschlagen wird, zur Meinung kämen, dass wir die Stadtplatzgestaltung anders einmal ausprobieren und vielleicht auch dann einmal so machen würden, dass die Fußgängerzone vorgezogen wird bis zum Rathausbereich, dann würden wir uns einen Teil der hier vorgesehenen Maßnahmen, zugegebenen einen kleinen Teil, ersparen können. Aus dem Grund werden die Grünen sich hier der Stimme enthalten. Möchte aber ausdrücklich sagen, die meisten der Maßnahmen, die hier vorgeschlagen werden, finden auch unsere Zustimmung und das heißt also nicht, dass wir insgesamt gegen diese Vorschläge sind und die Umbauarbeiten wie sie jetzt stattfinden. Die, soweit ich das sehe, sind durchaus...also lassen auf eine sehr attraktive Gestaltung dieses Bereichs hoffen, der hier neu gebaut wird, aber in diesem einen Punkt haben wir eben einen anderen Vorschlag und werden uns daher enthalten. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Danke. Nächste Wortmeldung Dr. Zöttl. Herr Vizebürgermeister, bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:
Meine sehr geehrten Damen und Herren. Uns war es bei diesem Antrag wichtig, dass die Summe von 331.000 Euro in den 3 Millionen, die beschlossen wurden, inkludiert sind. Haben gehört vom Herrn Vizebürgermeister Hauser, das ist der Fall. Und zu meinem Vorredner muss ich eines sagen, wir warnen davor, dass man da etwas ausprobiert am Stadtplatz, weil ich glaube der Stadtplatz ist für Experimente viel zu wertvoll, weil wenn ein Experiment daneben geht, zurückschrauben ist beinahe unmöglich. Und davor warnen wir.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Der Antrag ist ja am Ende der Tagesordnung, den haben wir ohnehin noch zu behandeln. Gibt es zu dem Thema noch? Bitte Kollege Prack.

GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:
Gegrüßt habe ich eh vorhin schon. Also bei aller Liebe, das Experiment heißt „Durchfahrt verboten" für die Kaigasse und soll für zwei Monate einmal ausprobiert werden. Was daran nicht zurückzuschrauben ist, das müssen sie mir schon erklären.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Danke, ich würde versuchen, dass wir das dann abhandeln beim tatsächlichen Tagesordnungspunkt. Wir sind jetzt zurückgekehrt zu dieser Bestellleistung von Stadtplatzmobiliar und vielen anderen Dingen im Wert von 331.280 Euro. Möchte dazu noch jemand das Wort? Das ist nicht Fall. Somit kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? Der Antrag wurde mit vier Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **1**
StR Dr. Michael Schodermayr

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **30**

Zustimmung: **26**

SPÖ 14 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.in Ingrid Weixlberger, GR Rudolf Blasi, GRin Anna-Maria Demmelmayr, MA, GRin Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRin Heidemarie Kloiber, GRin Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRin Silvia Thurner, GRin Anneliese Zimmermann)

FPÖ 7 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GR Josef Holzer, BA (FH), GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 4 – (GRin MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRin Ursula Voglsam)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Stimmenthaltungen: **4**

GRÜNE 4 – (StR. Mag. Kaufmann, GRin Maria Lindinger, MAS MSc, GRin Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Bitte nächster Punkt.

7) ÖAG-10/18 **Verkauf der „VHS-Villa“ an Frau Dr. Romy Hingsammer bzw. an die neu zu gründende RH & Partner GmbH, Abschluss eines Kaufvertrages samt integriertem Entwurf eines Wohnungseigentumsvertrages; erhöhtes Abstimmungserfordernis gem. § 18 Abs. 3 Zif. 6 des Statutes für die Stadt Steyr 1992 idgF.**

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Mein nächster Tagesordnungspunkt befasst sich mit einem Thema, wo es um die Veräußerung eines Eigentums der Stadt Steyr geht, nämlich den Verkauf der VHS Villa, oder langläufig gesehen sagen wir VHS Villa dazu, an die Frau Dr. Romy Hingsammer bzw. an die neu zu gründende RH & Partner GmbH geht. Eben deswegen einem integrierten Entwurf auch zuzustimmen für den Wohnungseigentumsvertrag, weil es aus baurechtlicher Sicht nicht möglich ist, hier einfach den Grund zu teilen, weil baurechtliche Normen hier eben dementsprechend nicht eingehalten werden können. Dieser Antrag fußt auf einer Anfrage und geführten Gesprächen mit der Frau Dr. Hingsammer, die also das Notariat, die Notariatsnachfolge nach dem Dr. Stögner antritt, mittlerweile auch schon bestellt ist und mit 1.1.2019 dieses Notariat übernimmt und es geht ihr darum, dass sie also eine Räumlichkeit benötigt, um hier also ihr Notariat einzurichten. Es liegt natürlich günstig neben dem Gericht und all dieser Dinge mehr und sie ist an uns herangetreten, wo also ein Vorschlag gebracht wurde, der fast doppelt so hoch ist vom Kaufpreis gegenüber dem ursprünglich festgestellten Schätzpreis vom Herrn Dr. Brückner. Es geht also darum, dass wir hier auch diesen Beschluss insofern zu fällen haben, weil natürlich auch die Zeit drängt Richtung 1.1.2019 wo sie ihre Kanzlei letztlich eingerichtet haben muss und wir der Auffassung sind, dass es im oberen Stockwerk so zu sagen eine Rechtsanwaltskanzlei gibt, die eingemietet ist, die sie mit zu übernehmen hat. Und zwar mit dem dort gültigen Vertrag. Und es geht um eine Fläche an der Krakowitzer Straße, die wir zusätzlich dazu verkaufen, wo sie also die nötigen Parklätze einrichten kann, dass so zu sagen auf dem Gelände dann davor keine Autos mehr parken, also auf dem Vorplatz. Bei den Unterlagen liegt ihnen einerseits der Kaufvertrag und der Wohnungseigentumsvertrag bei und auch die planliche Ausführung, wie hier aufgeteilt wird. Auf der einen Seite reiner Stadtgrund, die Herausparifizierung der Villa und der Parklätze, und zusätzlich auch die Allgemeinflächen, die notwendig sind wie Feuerwehrzufahrten, Zugang zum Kindergarten, weil ja das alles dort bestehen bleibt. Zusätzlich werden die Heizkreise geteilt und die Wasserabrechnung durch Subzähler dementsprechend durchgeführt. Ich ersuche hier auch darauf Rücksicht zu nehmen, dass hier eine qualifizierte Mehrheit bei der Beschlussfassung notwendig ist und wir hierzu eine Zweidrittelmehrheit brauchen von den anwesenden Gemeinderätinnen und Gemeinderäten. Und ich ersuche diesem Verkauf die Zustimmung zu erteilen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 10.09.2018 wird dem Abschluss eines Kaufvertrages mit der RH & Partner GmbH entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf samt Entwurf des Wohnungseigentumsvertrages und des dazugehörigen Lageplanes zugestimmt.

Zur Bezahlung der Immobilienertragsteuer wird ein Betrag von € 10.000,-- bei der VA-Stelle 5/840000/710000 freigegeben und für den verbleibenden Restbetrag bei dieser Haushaltsstelle eine Kreditüberschreitung in Höhe von € 23.600,-- bewilligt. Die Deckung dieses Betrages hat durch die Einnahmen des Kaufpreises zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Mir liegt keine Wortmeldung vor. Somit kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Bedanke mich für die Berichterstattung Herr Vizebürgermeister und darf nun die Frau Vizebürgermeisterin Ingrid Weixlberger ersuchen, ihre Tagesordnungspunkte vorzubringen.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER:

8) Fin-142/16 **Pfarrcaritas Kindergarten Wieserfeldplatz, Änderung des 3. Nachtrages zur Vereinbarung vom 20.12.2012.**

VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER:
Ich habe nur einen Tagesordnungspunkt, der nicht einmal etwas kostet, sondern es geht nur um die Änderung des Vertrages mit dem Kindergarten Wieserfeldplatz. Der ursprüngliche Vertrag wurde mit der Pfarre St. Michael abgeschlossen und das wird geändert in Pfarrcaritas Kindergarten St. Michael.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 04.09.2018 wird in Abänderung des Beschlusses des Gemeinderates vom 05.07.2018 dem Abschluss einer Vereinbarung mit der Pfarrcaritas Steyr St. Michael über die Abgangsdeckung für den Caritaskindergarten Wieserfeldplatz entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf zugestimmt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Ein Formalakt glaube ich. Den können wir ohne Gewissensbisse durchwinken. Ist jemand gegenteiliger Auffassung zu diesem Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Somit ist dein Antrag einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Bedanke mich und darf nun Herrn Stadtrat Mag. Kaufmann ersuchen um Berichterstattung. Bitte.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

9) Präs-209/18 **Antrag der Grünen an den Gemeinderat; Verkehrsregelungen Stadtplatz.**

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:
Meine Damen und Herren. Noch einmal Stadtplatz, auch wenn es manchen schon fad sein dürfte oder sie behaupten das jedenfalls. Mir ist der Stadtplatz nicht fad. Wie lange gibt es den jetzt? Herr Dr. Zöttl, sie helfen mir.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:
Den Antrag?

STATRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:
Nein, den Stadtplatz. 800 Jahre, 900 Jahre sowas. Es gibt einen Probebetrieb auf dem Stadtplatz und es gibt eine Menge Anforderungen und Vorschläge. Wir habe ja schon öfter darüber geredet, was hier alles möglich sein soll und es gibt auch von uns schon, gelegent-

lich angesprochen, aber ein neues Ansprechen ist deshalb glaube ich durchaus gerechtfertigt und notwendig, weil man wird ja von vielen Bürgerinnen und Bürgern und auch von Gästen auf manches hingewiesen, was man vielleicht als Bürger, Bürgerin der Stadt, aufgrund weil man es eh gewohnt ist, gar nicht so sieht. Und deswegen glaube ich, dass im Rahmen eines Probebetriebes es durchaus sinnvoll ist, noch einmal zu überlegen, was sollten wir noch ausprobieren aufgrund der Erfahrungen. Und da ist unser Vorschlag in diesem Antrag jetzt enthalten. Wobei ich aus formalen Gründen auf eines hinweisen möchte, wir haben hier zwei Punkte drinnen. Und aus rechtlichen, formalen Gründen darf der Gemeinderat aufgrund der Zugehörigkeit zum übertragenen Wirkungsbereich dieser Entscheidung über eine Sperre der Kaigasse für den allgemeinen Kraftfahrzeugverkehr nicht entscheiden. Das ist Sache des Magistrates bzw. der zuständigen Funktionäre im übertragenen Wirkungsbereich, aufgrund der Verfassung. Wir haben das Thema jedenfalls deswegen drinnen, weil natürlich im Falle des Punktes 2, über den wir sehr wohl hier diskutieren und entscheiden dürfen, nämlich Ausdehnung der Fußgängerzone bis zum Wendekreis zwischen Rathaus und Bummerlhaus. Die natürliche Folge einer Zustimmung zu dieser Entscheidung wäre, dass die Kaigasse nicht mehr benützt werden könnte für die Zufahrt zu Parkplätzen auf den Ennskai. Und da wir dafür ja seit einiger Zeit den Dauerbetrieb praktisch schon ausprobieren, die Alternative über die Zieglergasse, kann niemand behaupten, diese Zufahrt sei unbedingt notwendig. Auf die Frage der vielen Autos auf dem Stadtplatz, da wird man besonders von Gästen der Stadt angesprochen, die viele andere Städte kennen, viele andere auch schöne Städte. Es gibt neben Steyr noch einige sehr schöne alte Städte in Europa und das ist eigentlich ziemlich unüblich, dass man auf den schönen historischen Stadtplatz, dass man den als Durchfahrts- und Parkplatzzone verwendet und darum werden wir immer wieder darauf hinweisen, dass wir das auch nicht in diesem Ausmaß machen sollten. Ich wurde auch darauf hingewiesen oder gefragt, wie oft wollt ihr das jetzt noch zur Abstimmung bringen? Viele gescheite und gute Ideen in der Geschichte wurden nicht beim ersten Mal und nicht beim zweiten Mal umgesetzt, sondern erst im Lauf der Zeit. Ich entnehme, auf Probebetrieb bin ich schon eingegangen. Wo sonst als in einem Probebetrieb soll man Ideen ausprobieren. Vielleicht auch gute Ideen einmal ausprobieren. Es wurden einige ausprobiert, die von vornherein gar nicht so zukunftsträchtig gewirkt haben und die wurden dann auch schnell zurückgenommen. Dass wir schon tausend Mal diskutiert haben, das kommt mir zwar viel vor, aber wir haben es schon öfter diskutiert und ich glaube, der Stadtplatz wird noch sehr lange in Diskussion sein und das ist ja auch gut so in einer Stadt, wenn das ein Thema ist. Und Herr Vizebürgermeister, ihrer Vorstellungskraft wollen wir eben auf die Sprünge helfen. Sie können sich die Sperre der Kaigasse nicht vorstellen. Man muss es einmal machen und sich ansehen, wie das wäre, dann sieht man es. Die Wiener sind inzwischen mit ganz großer Mehrheit überzeugt, dass die autofreie Mariahilfer Straße eine sehr gute Idee ist. Fahren sie einmal nach Wien, schauen sie sich das an, wie das dort lebt ohne die Autos. Man weiß auch, wo die sind, aber eben nicht dort, wo man gute andere Benutzungen einer Straße oder einer öffentlichen Fläche hat. Und da konnten es sich auch vorher viele nicht vorstellen, es gab ein knappes Abstimmungsergebnis unter der Bevölkerung in diesem Fall. Wobei zum Punkt Diskussion wollte ich das auch noch einbringen, es wurde natürlich in vielen Gremien diskutiert, es wurde auch mit den Anrainern des Stadtplatzes diskutiert. Das stimmt so weit. Wenn ich das jetzt umlege auf die Westspange, würden wir die Frage der Westspange nur mit den dortigen Grundbesitzern und Anrainern diskutieren, dann wäre das Thema schon längst erledigt. Dann gäbe es diesen Wunsch nicht. Also auch hier am Stadtplatz glaube ich eine umfassende Diskussion und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger müsste bedeuten, alle Steyrerinnen und Steyrer einzubeziehen und nicht nur jene, die hier unmittelbare wirtschaftliche und private Interessen haben durch Eigentum- und Mietverhältnisse. Ja, in dem Sinn schlagen wir eben wieder vor, die Ausdehnung der Fußgängerzone bis zum Wendekreis zwischen Rathaus und Bummerlhaus. Wir schlagen aus rechtlichen Gründen hier nicht vor die Sperre der Kaigasse, weil das rechtlich wo anders hingehört zur Entscheidung. Weisen aber darauf hin, dass das die logische Folge wäre, wenn man den anderen Vorschlag mehrheitlich beschließen sollte und darum würde ich ersuchen, weil ich glaube es gibt viele gescheite Gründe dafür. Dankeschön.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die zuständigen Mitglieder des Stadtsenats werden beauftragt, im Rahmen der Erprobung von Verkehrsregelungen auf dem Stadtplatz für mindestens zwei Monate folgende Regelung vorzusehen:

- Sperre der Kaigasse für den allgemeinen Kraftfahrzeugverkehr (die Zufahrt zum Ennskai ist seit Monaten über die Zieglergasse möglich)

- Ausdehnung der Fußgängerzone bis zum Wendekreis zwischen Rathaus und Bummerlhaus (ausgenommen Fahrräder, Polizei, sowie Ladetätigkeiten und Zufahrt von Marktfieranten zu den bisherigen Zeiten)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Als erster zu Wort gemeldet der Gemeinderat Kaliba. Bitte Thomas.

GEMEINDERAT THOMAS KALIBA:
Liebe Kolleginnen und Kollegen vom Gemeinderat, werte Gäste. Verkehr ist ein Thema, das emotionalisiert sehr stark, da jeder etwas damit anfangen kann. Ich bin auch überzeugt davon und da bin ich mit dir einer Meinung. Wenn man eine gute Idee hat, gerade im Verkehrsbereich, ist es oft viel zielführender, dass man es einmal ausprobiert ob es funktionieren kann oder nicht. Im gegenständlichen Fall ist es aber glaube ich nicht notwendig, weil ich empfinde das so, dass dieser Versuch, den ihr forcieren möchtet, den Stadtplatz zu beruhigen, ist ja gut. Nur wir haben einmal Autos da, wir haben einen Zulieferverkehr, das werden wir nicht wegbringen und wir haben die Parkplätze am Ennskai. Dieselbe Auswirkung wie die Sperre in der Kaigasse und was damit verbunden wäre, dass die Leute über die Zieglergasse zufahren müssen, das haben wir ja seit Monaten. Und ich weiß nicht, wie oft ihr da mit dem Auto herein fahrt. Ich versuche es ständig zu vermeiden, aber ich habe es absichtlich ein paar Mal schon gemacht. Fahrt da einmal herein, was euch da passiert. Da kommen euch nicht die Leute entgegen, mit denen vielleicht über das geredet worden ist, sondern das sind die Steyrerinnen und Steyrer, die von überall aus der Stadt herkommen, das sind aber auch Besucher. Die deuten dir den Vogel, die schauen dich an, als ob du ein Gespenst wärst und es funktioniert de facto nicht, es kommt immer wieder zu gefährlichen Situationen, weil die Kurven einfach nicht so genommen werden, wie sie genommen werden sollen. Es sind bauliche Engstellen, wie zum Beispiel unterhalb vom Rathaus, wo es immer wieder zu Schwierigkeiten kommt. Geschweige denn, wenn die LKW´s unterwegs sind, die Entsorgung der Müllinseln und des Restmülls da unten durchfahren. Da funktioniert das Ganze nicht, da bilden sich extrem lange Kolonnen. Dazu kommt, und das ist eigentlich schade, weil ihr Grünen eigentlich das immer euch, ihr sagt euch ist der Fußgänger wichtig, euch ist der Radfahrer wichtig. Man hat es geschafft, wie man die Parkplätze weggegeben hat unter dem Dominikanerhaus, was so eine Auswirkung war vom Vertrag mit dem Garagenerrichter, dass da zusätzlich eine Gefahrenstelle für Fußgänger und Radfahrer entschärft worden ist. Da sind wirklich viele Leute unterwegs, die eigentlich über den R7 hereinkommen, über den Sandmayr hereinfahren und dann hinaus fahren weiter Richtung Garsten. Die werden jetzt extrem gefährdet, weil jetzt ist auf einmal von beiden Richtungen Verkehr und es ist für die eigentlich kein Platz mehr. Das heißt, ich glaube der Versuch, den ihr fordert, den gibt es schon und die Schlüsse, die man daraus ziehen kann, sind aber durchwegs negativ. Wenn man es noch einmal explizit versucht und ganz zumacht die Kaigasse, das Einzige, was man merken wird ist, dass man die Bürgerinnen und die Besucher verärgern wird. Und ich glaube für das sitzen wir nicht da herinnen, sondern wir sollen ja praktikable Lösungen suchen, das für die Leute besser machen.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Dankeschön. Nächster Redner Kollege Freisais. Bitte Gemeinderat.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:
Liebe Kolleginnen und Kollegen. Der Antrag der Grünen Fraktion ist unterstützenswert. Neos Steyr fordert ja generell den autofreien Stadtplatz. Natürlich brauchen wir Lösungen für die Anwohner, für den öffentlichen Verkehr, für die Lieferanten, dass die die Geschäfte beliefern können, das ist alles kein Thema. Aber der ganze Individualverkehr, der ganze Personenverkehr, der nur durch den Stadtplatz durchzieht und links und rechts schaut, wo die nächste Parklücke sich auftut, der gehört mit samt den ganzen parkenden Autos vom Stadtplatz weg. Wissenschaftliche Studien und auch andere haben das längst vorgemacht, beweisen, dass autofreie Stadtzentren ein Schlüsselfaktor sind für den Wirtschaftsstandort. Es geht um die Kaufkraft, es geht um die Frequenz, es geht auch um die Lebensqualität. Es geht nicht darum, dass sich irgendein „Bioschweinderl" oder was wohlfühlt am Steyrer Stadtplatz, es geht darum im Wettbewerb der Städte vorne dabei zu sein. Und je schneller wir irgendwelche „Wischi-Waschi-Lösungen" aufgeben, wenn man versucht, dass man alles irgendwie unter einen Hut bekommt, je schneller wir in Richtung autofreien Stadtplatz arbeiten, umso schneller sind wir in dem Wettbewerb der Städte und Regionen ganz vorne dabei und nicht irgendwo als Provinzstadt unterwegs. Aus meiner Sicht ist es ganz wichtig und ein Zukunftsthema, dass wir da in Richtung autofrei arbeiten und aus meiner Sicht tun wir dem Stadtplatz massiv was Gutes, wenn wir in die Richtung unterwegs sind.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Dankeschön, der Kollege Dr. Ritter bitte.

STADTRAT MR DR. MARIO RITTER:
Grüß Gott meine Damen und Herren, verehrte Anwesende, werte Bürger. Dieser Antrag ist meiner Meinung nach immer wieder aufgekocht und ist von unserer Fraktion als negativ zu bewerten. Bitte ich möchte eines auch noch klarstellen, mir geht etwas nicht ein. Wie kann eine Partei, die vorgibt jetzt die Radfahrer zu vertreten, mir und uns Bürger die ganze Zeit vorschreiben, wie wir zu fahren haben, ob wir die Kaigasse runterfahren können. Wie kann eine Partei, die eigentlich eine Partei der Minderheiten ist, wieder vorschreiben, ob wir in den Stadtplatz reinfahren dürfen, ob der Stadtplatz eine Fußgängerzone ist. Bitte das ist doch die Höhe. Ihre ganzen Anträge sind geprägt von Egoismus und undurchdachten Wortmeldungen. Wirklich, es ist fürchterlich. Also ich kann diesem Antrag nichts abgewinnen und ich werde ihn und die ganze Fraktion wird diesen Antrag nicht unterstützen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Als nächster zu Wort gemeldet der Herr Stadtrat Gunter Mayrhofer. Bitte Gunter.

STADTRAT KOMMR. GUNTER MAYRHOFER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren. Jetzt haben wir drei sehr unterschiedliche Wortmeldungen gehabt. Die Emotionen, das merkt man, gehen hoch. Eingangs hat es geheißen, Verkehr ist ein Thema, bei dem alle mitreden können, weil jeder fährt mit dem Auto oder mit dem Fahrrad oder sonst irgendwas. Es dürfte wirklich so sein. Es ist nur eines und da möchte ich schon klar widersprechen, ich fahre mittlerweile ausschließlich über den Kai zu, wenn ich am Kai parke und das funktioniert, und ich habe keine gefährlichen Situationen. Ich weiß nicht wie schnell sie, Herr Kollege Kaliba, über den Ennskai fahren? Wenn sie einen 30er fahren haben sie dort keine Probleme, auch nicht in den Kurven. Und ich habe kein so ein kleines Auto und habe auch keine Probleme, dass ich da auch hier direkt vor dem Rathaus vorbeikomme. Es dient auf jeden Fall dazu, dass das Tempo herausgenommen wird, aber das kann ja nicht schlecht sein, wenn man dort unten keine Rallyestrecke hat, sondern wenn man dem Tempolimit entsprechend mit 30 km/h fährt. Ich kann mich also überhaupt nicht ihrer Meinung anschließen, dass dieser Versuch nicht funktioniert, er funktioniert. Dass wir hier sehr subjektive Meinungen haben, haben wir auch beim Kollegen Ritter gesehen. Das verstehe ich überhaupt nicht, Mario.

STADTRAT MR DR. MARION RITTER:
Ist in Ordnung, macht nichts. Sag du deine Meinung.

STADTRAT KOMMR. GUNTER MAYRHOFER:
Ich werde meine Meinung sehr deutlich sagen, lieber Kollege. Weil jemandem vorzuwerfen, dass er, wenn er einen Antrag einbringt, dass er alle anderen damit mehr oder weniger tyrannisiert oder etwas vorgeben will, ist ein Blödsinn. Das ist eine Anregung zur Diskussion und es wird eine Mehrheitsfindung hier in diesem Raum geben. Wir haben ja das letzte Mal gemeinsam mit den Grünen diesen Antrag gestellt, weil ich persönlich wirklich auch der Meinung bin, es ist Unsinn einen Durchzugsverkehr über den Stadtplatz zu leiten. Ich spreche mich allerdings klar gegen einen autofreien Stadtplatz aus, den der Pit Freisais hier vorgeschlagen hat. Das wäre der falsche Weg. Wir haben nicht diese Grundfrequenz, wie es zum Beispiel in Wien der Fall ist. Und ich glaube schon, dass die direkt Betroffenen, Herr Kollege Kaufmann, mehr Mitspracherecht haben sollen, als wie nur Besucher. Es kann nicht sein, wenn meine Existenz, wenn meine Lebensqualität abhängt, dass das gleichgestellt wird mit jemandem, der vielleicht einmal im Jahr am Stadtplatz kommt. Das kann es nicht sein. Und das war auch das Ausschlaggebende bei der Mariahilfer Straße in Wien, dass man hier nicht die Anrainer gefragt hat und die Betroffenen, sondern dass man eine generelle Abstimmung gemacht hat. Wohlwissend, wenn man die Betroffenen gefragt hätte, wären wir zu einem anderen Ergebnis gekommen. Ich glaube aber, dass wir trotz allem eine demokratische Entscheidung, die hat sich letztes Mal hier im Gemeinderat gefunden, dass man das auch akzeptieren muss und dass es schwierig ist, wenn ich etwas einfach nicht zur Kenntnis nehmen will. Sie haben gesagt, die Zeit war vielleicht noch nicht reif. Da bin ich voll ihrer Meinung. Ich glaube aber, dass eine Zeitspanne von einigen wenigen Monaten wahrscheinlich zu kurz ist um hier einen wirklichen Meinungswechsel herbeiführen zu können. Das heißt, ich persönlich bin nicht stimmberechtigt, aber ich würde sagen, eine Entscheidung wurde herbeigeführt und die wird man lassen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Danke. Als nächster zu Wort gemeldet noch einmal der Kollege Kaufmann. Bitte Reinhard.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:
Zum Kollegen Kaliba wollte ich kurz antworten, wie das aus meiner Sicht aussehen würde, hat mir der Stadtrat Mayrhofer vorweg genommen. Ja, der Befund ist, vor allem dann, wenn sich alle an die StVO halten, die Zufahrt über Zieglergasse und Ennskai ist, funktioniert und ist zumutbar und eine gute Möglichkeit, den Stadtplatz zu entlasten. Ich persönlich fahre, und zwar seit es die Garage und die Dukartstraße neu gibt, weder auf den Stadtplatz noch auf den Ennskai mit dem Auto, weil das einfach das viel Bequemere ist, wer es einmal ausprobiert hat, dort drüben zu parken und über unseren wunderbaren Steg herüber zu gehen. Man muss nur diese Zusammenhänge sehen. Es ist einfach nicht notwendig, auf den Stadtplatz zu fahren, für die Allermeisten. Und das eben auch, du hast ein paar Situationen, die man jedenfalls berücksichtigen muss, genannt. Das ist der Zulieferverkehr, das sind behinderte Personen, verschiedenes andere. Das haben wir im letzten Antrag auch ausdrücklich berücksichtigt gehabt. Ich sage es immer wieder, wenn ich mit Medienvertretern darüber rede, dass es nicht um einen absolut autofreien und verkehrsfreien Stadtplatz geht. Unser Stadtplatz ist ein Handelsplatz und natürlich müssen diese Erfordernisse berücksichtigt und bedient werden, die ein Handelsplatz braucht. Darum geht es nicht. Es geht darum, dass man, und ich sage es einmal jetzt rein wirtschaftlich, dass man auch den Konsumentinnen und Konsumenten hier ein Umfeld zur Verfügung stellt, Kollege Freisais hat es ja auch dargestellt, wo sie sich wohlfühlen und dann vielleicht noch lieber in diese Geschäfte hier gehen als in irgendein Einkaufszentrum, wo immer es stattfinden möchte. Das waren, glaube ich, die wesentlichen Punkte. Zur demokratischen Entscheidung, ein Probebetrieb erlaubt erst nachher, wenn man Verschiedenes ausprobiert hat, und dazu gehört meiner Meinung nach auch unser Antrag, dann kann man demokratisch endgültig entscheiden. Wenn man schon vor dem Probebetrieb sagt, was da alles gar nicht sein soll, weil man es eigentlich nicht will, unabhängig davon, was die Ergebnisse eines Ausprobierens wären, dann ist das für mich

nicht unbedingt demokratisch. Und ja, natürlich sollen jene, die hier viel zu tun haben, mehr mitreden können. Aber trotzdem die anderen Steyrerinnen und Steyrer wurden überhaupt nicht gefragt. Und hier sollten wir Wege finden, wie wir das stärker einbeziehen können. Ich werden von vielen gefragt, wieso macht ihr da keine Fußgängerzone? Das ist ja ein allgemeiner Begriff, nicht in allen Details der StVO wohl gemeint, aber es geht von vielen Bürgerinnen und Bürgern in der Richtung, sie hätten hier gerne eine wesentlich stärkere Verkehrsberuhigung umgesetzt. Und das ist auch meine Meinung, die ich gerne aufgreife. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Danke. Die nächste Rednerin die Gemeinderätin Silvia Thurner. Bitte Silvia.

GEMEINDERÄTN SILVIA THURNER:
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen des Gemeinderates. Ich hätte da gerne zwei Beispiele dazu gehabt. Grundwegs bin ich sehr wohl für eine Verkehrsberuhigung am Stadtplatz, aber es ist glaube ich, Steyr ist nicht der geeignete Ort dafür, dass man so Sachen machen kann, wie die Zufahrt über die Zieglergasse. Dadurch, dass wir das heute im Gemeinderatsprotokoll stehen gehabt haben, habe ich das heute einmal ausprobiert. Also ich habe geglaubt ich bin eine Geisterfahrerin. Ich bin herunter gefahren, eh schon mit Bauchweh, dann die Ersten die mir entgegen gekommen sind, die haben mir gleich gedeutet, die nächsten sind stehen geblieben, haben das Fenster hinuntergedreht und haben mir erklärt, ob ich zu dumm bin, dass ich merke, dass das eine Einbahn ist. Ich war, eigentlich war ich fertig, wie ich da angekommen bin. Also ich glaube, wenn wir mehr Platz hätten da hinten oder mehr Möglichkeit das auszubauen, dann kann man sich das vorstellen, aber unter diesen Umständen, wie wir sie jetzt haben, glaube ich nicht. Und einen Satz hätte ich noch gerne zum autofreien Stadtplatz gesagt. Und zwar, meine Mutter zum Beispiel ist 96, wenn ich die zum „Neuroth" fahre, ist das auch schon nicht einfach. Ich muss ranfahren, muss stehen bleiben, muss der Polizei deuten, ob ich bitte stehen bleiben darf, damit ich sie hineinbringen kann, dann herausspringen, hinunterfahren, schnell einen Parkplatz suchen. Über den Steg kann man nicht mehr mit so Alten. Also ich glaube, autofrei kann ich mir auch nicht gut vorstellen. Danke.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Dankeschön. Nächste Wortmeldung Gemeinderat Ing. Hingerl. Bitte Michael.

GEMEINDERAT ING. MICHAEL HINGERL:
Sehr geehrter Gemeinderat. Ich möchte mich nur ganz kurz in dem Zusammenhang ein bisschen äußern über zwei Sachen. Es gibt sehr viele Verkehrsexperten und ich bin sehr froh, dass heute die Verkehrsfrequenz am Stadtplatz durch den Bau der Garage in der Dukartstraße und den Steg erheblich reduziert werden konnte. Und es ist sehr angenehm wenn weniger Fahrzeuge über den Stadtplatz fahren. Man hat halt gewisse Mindestanfordernisse, ob das jetzt Leute sind, die gewisse körperliche Behinderungen haben oder ob das heute ein älterer Mensch ist, der einfach die Schwierigkeiten hat, da zum Arzt oder sonst wohin muss. Es gibt aber auch technische Vorkehrungen und die sind einfach gegeben. Es ist ein bisschen schwierig bei einem Probebetrieb davon auszugehen, dass alles funktioniert. Wenn ich bei Schönwetter im Sommer verkehrt über den Kai fahren kann und in den Kurven und in den Bereichen tagsüber alles sehe, das funktioniert ja ganz gut. Aber wir haben natürlich auch die Probleme, dass es bautechnische Vorkehrungen gibt. Die Vorlandbrücke hat eine Maximal- eine Mindesthöhe, wo gewisse Fahrzeuge nicht runterfahren können. So muss zum Beispiel der Glascontainerwagen und andere Entsorgungswägen über die Obere Kaigasse nach unten fahren, weil sie da nicht die Möglichkeit haben, in den anderen Bereich einzufahren. Das Problem des Runterfahrens in der Zieglergasse, darauf habe ich auch schön öfters hingewiesen, ist bei schlechter Sicht, am Abend, bei Nebel oder bei anderen Bereichen durchaus ein Problem. Und ich rede jetzt gar nicht davon, dass man dort 30 km/h fahren dürfte, auch bei langsameren Bereichen. Sie müssen einmal selbst diese Sachen fahren und dann kommt ihnen ein etwas größeres Fahrzeug in den unübersichtlichen Ecken

entgegen. Das ist eine Gefährdung, das ist eine Gefahr, das geht auf Dauer nicht gut. Das sind so gewisse Voraussetzungen, die man betrachten sollte. Ich wünsche mir natürlich auch weniger Verkehr am Stadtplatz, ganz klar. Das wird auch durch die Umbaumaßnahmen oder Gestaltungsmaßnahmen, und ich glaube durch vor allem einen wunderbaren Gewohnheitseffekt, wenn man im Umfeld gut parken kann, dazu führen, dass am Stadtplatz hoffentlich demnächst schon in der Weihnachtszeit weniger Fahrzeuge und viel, viel mehr Menschen kommen. Aber bitte sind sie ein bisschen vorsichtig mit demokratischen Entscheidungen, wenn es um die Sicherheit unserer Schwächsten geht, nämlich auch der Sicherheit der Radfahrer oder Sicherheit der Fußgänger, die da unten keinen Gehsteig und dergleichen haben, und die trotzdem auch mehr als sicher vom Kai zum Stadtplatz und retour gehen sollten. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Dankeschön. Nächste Wortmeldung Gemeinderat Kurt Prack. Bitte Kurt.

GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:
Werte Kolleginnen und Kollegen. Zuerst ganz kurz etwas zu den letzten Äußerungen. Wir haben ja doch niemals gesagt, dass kein Auto hineinfahren soll. Natürlich, und das haben wir schon so oft gesagt, aber es wird offenbar nicht gehört. Autofrei oder verkehrsberuhigen in unserem Sinn heißt nicht gar niemand. All das ist möglich. Und mit einer Brückenhöhe, nein selbstverständlich, wenn es dort nicht geht dann muss das wo anders sein, wenn der dort reinfahren muss, eh klar. Aber über das brauchen wir wirklich nicht reden, das meinen wir nicht. Und das Zweite, Gunter, dass sich nichts geändert hat, stimmt leider nicht ganz. Es ändert sich ständig und es ändert sich dramatisch. Und ich rede hier von grundsätzlichen Dingen und ich komme dann in weiterer Folge dazu. Zuerst einmal kurz zum Stadtplatz. Ich möchte unseren Antrag zum Anlass nehmen, erst über den Stadtplatz und dann allgemein über Verkehrs- und Klimapolitik, wenn man die so nennen kann in Steyr, zu reden. Wie sie dem Antrag entnehmen, sind wir der festen Überzeugung, dass die derzeitigen und die geplanten Maßnahmen am Stadtplatz bezüglich Verkehr unzureichend sind. Über die baulichen Veränderungen, das haben wir auch vorher klargemacht, herrscht Einigkeit. Was den Verkehr anbelangt sind wir aber anderer Meinung und sind der Überzeugung, dass wir hier, was hier die Politik macht, auch nicht das spiegelt, was die Bevölkerung will. Ich weiß es nicht, ich habe sie nicht befragt. Aber sie genauso wenig. Und ich glaube es einfach, dass die Bürgerinnen und Bürger, zumindest von dem was ich höre, was auch der Kollege Kaufmann Reinhard gesagt hat, etwas anderes ist als das, was wir hier tun. Hoffentlich nicht mehr ewig. Ich denke ein derartiges einzigartiges Ambiente sollte nicht vom Verkehr durchschnitten werden, ich rede vom Stadtplatz natürlich. Wir wollen die Autos bis auf die bekannten Ausnahmen draußen haben. Wir wollen, dass die Menschen sich auf dem historischen Platz frei bewegen und aufhalten können. Wir wollen, dass kleinen Kindern nicht zugerufen werden muss „Achtung Auto“, soviel auch zur Sicherheit. Wir wollen das, weil das schöner ist, wir wollen das, weil es leiser ist, wir wollen das, weil es umweltfreundlich ist und wir wollen das, weil man sich dann auf diesem Platz auch wirklich wohlfühlen kann. Die Minimalvariante wäre, dass wenigstens der Parkplatzsuchverkehr auf den Ennskai nicht mehr über den Stadtplatz rollt. Und da bräuchten wir doch wenigstens eben, und das ist ja auch der Antrag, den Probebetrieb. Was ich so höre, wird er auch heute wieder abgelehnt werden. Ich habe aber das Gefühl, dass bei derartigen Abstimmungen nicht immer ganz dem freien Mandat entsprochen wird. Wir haben doch in den Gesprächen, bevor wir zu dem kamen, wo wir jetzt sind, oder zumindest habe ich es so wahrgenommen, in mehreren Fraktionen durchaus auch Meinungen gehört, dass die Kaigasse gesperrt gehört. Bitte stimmen sie frei ab und ich denke wir könnten grundsätzlich auch einmal andenken hier herinnen, gewisse Themen geheim abzustimmen. Ich bin mir nicht sicher, ob jede Abstimmung gleich ausgeht, wenn wir das tun. Der Stadtplatz und der rollende Verkehr ist ein Sinnbild der Verkehrspolitik in Steyr. Jede und jeder im Raum weiß, dass der Verkehr einer der Hauptverursacher für die Treibhausgase und somit für den Klimawandel ist. Wir stecken in unserer Stadt in einer Verkehrspolitik der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Und selbst damals haben Menschen mit Sinn für Ästhetik den ungebremsten Ausbau der Straßen kritisiert. Heute sind die Vorausset-

zungen ganz andere, wesentlich dramatischere. Und wir müssen handeln. Und es ist auch nicht wahr, dass die Bekämpfung des Klimawandels nur im Großen angegangen werden kann. Ja freilich, dort ganz dringend auch, aber ohne den wesentlichen Beitrag der Kommunen wird es nicht gehen. Wir müssen dort handeln, wo wir die Möglichkeit dazu haben. Und in unserem Fall ist das unsere Stadt und das Umland. Wir können uns nicht länger auf die sogenannten großen Verschmutzer ausreden, mit dem Finger auf sie zeigen und uns selber aus der Pflicht stehlen. Wir sind es unseren Kindern und Enkeln schuldig, schleunigst zu handeln. Von selbst regelt sich die Sache nicht. Was die Automobilindustrie zu Wege bringt reicht nicht, die Zeit drängt ganz ungemein. Die sogenannten Kipppunkte, ich gehe davon aus, dass sie wissen was das ist, sind möglicherweise erreicht. Wir müssen aber die Chance die wir haben, die es ja gibt, dass sie doch nicht erreicht sind, nützen. Das müssen wir quasi riskieren, dass wir noch eine Chance haben. So dramatisch ist die Situation nämlich. Und wir müssen heute und nicht morgen handeln, damit wir eine Chance haben, das Schlimmste abzuwenden. Ja und es ist angebracht Angst zu haben. Wir steuern auf eine Klimakatastrophe zu, vielleicht sind wir schon mittendrin. Auch die Klimaexperten wissen es, der Papst hat es niedergeschrieben, lieber Freund aus der christlichen Fraktion, die SPÖ hat den Klimaschutz erst so ganz kurz und ganz prominent ins Parteiprogramm aufgenommen, und auch die Freiheitlichen haben Kinder. Also handeln sie danach. Wie soll es zur angestrebten CO^2-Reduktion kommen, wenn sie immer noch mit der Automotiven Stadt argumentieren. Die ärmsten der Armen, und das richtet sich wieder eher an die Sozialdemokraten, werden am meisten unter den Folgen des Klimawandels leiden. Auch die Partei des kleinen Mannes sollte das bedenken. Und liebe Kollegin aus der ÖVP, Gott hat uns beauftragt, die Erde zu gestalten und nicht sie unbewohnbar zu machen. Nochmals, wir sind Lokalpolitiker und müssen unsere Verantwortung auch in diesem Rahmen wahrnehmen. Also setzen sie jetzt ein kleines Zeichen des guten Willens, so stimmen sie dem Antrag für die Sperre der Kaigasse zu und dann müssen wir gemeinsam, und so schnell wie möglich, eine gesunde und schöne Stadt gestalten. Die Verkehrspolitik hier in Steyr neu gestalten, neu denken, damit unsere Stadt ihren Beitrag zur Reduktion der Klimagase leistet. Die Nachwelt wird es uns danken oder uns verfluchen, je nachdem, wie wir entscheiden. Unser Beitrag kann nicht in der Wärmeisolierung einiger Gebäude liegen, dem Wechsel von Kühlern auf LED, das wird auch nicht genügen. Wir müssen den Ausstoß von Treibhausgasen jetzt und massiv reduzieren. Die oben genannten Maßnahmen sind gut, aber sie sind wie ein Heftpflaster auf eine klaffende Wunde. Und zum Abschluss möchte ich noch zitieren, Ausschnitte aus dem, was der Guterres, UNO-Generalsekretär, gesagt hat, übersetzt nicht von mir, Konstanze Pandy: „Der Klimawandel ist das wichtigste Thema unserer Zeit und jetzt ist der Moment der Entscheidung, um diese existentielle Bedrohung abzuwenden. Der Klimawandel ist viel schneller als die Politik. Die Klimaziele, die 2015 im Pariser Abkommen beschlossen wurden, sind viel zu gering gewesen. Man hat sich nur auf ein Drittel der benötigten Maßnahmen einigen können. Es sind noch große Anstrengungen nötig. Aber man weiß ja genau, was zu tun ist, es ist nur die Frage des politischen Willens, und der fehlt fast überall. Jeden Tag, an dem wir nichts tun, bewegen wir uns auf ein Schicksal zu, das niemand will. Auf unumkehrbare Schäden für die Menschheit und das Leben auf unserer Erde. Unsere Zukunft liegt in unserer eigenen Hand. Die Welt verlässt sich darauf, dass wir handeln, bevor es zu spät ist.“ So UNO-Generalsekretär Guterres. Danke, das war es.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Dankeschön. Nächster Redner der Herr Vizebürgermeister Hauser. Ich möchte nur zwei Sätze sagen. Ich meine, was die Sperre der Kaigasse mit dem Weltklima zu tun hat.

Allgemeine Unruhe

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Wie man das Weltklima verbessert oder auch nur im Mikrokosmos, wenn man die Kaigasse sperrt, weiß ich nicht, entweder fahren sie da oder da.

Unverständliche Zwischenmeldungen

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Ich habe es dann in diesem Sinne nicht verstanden. Es ist ein bisschen breiter geworden jetzt der Vortrag. Ist okay. Bitte, Kollege Hauser.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Hoher Gemeinderat, geschätztes Präsidium, geschätzte Gäste, werte Presse. Ich behaupte jetzt einmal, dass ich zumindest so viel am Stadtplatz unterwegs bin, wie der Herr Kollege Kaufmann. Und ich kann nur sagen, ich höre ganz etwas anderes am Stadtplatz. Es gibt schon den einen oder die andere die sagen, sie würden sich so zu sagen weniger Verkehr bis hin zum autofreien Stadtplatz wünschen, auch das habe ich gehört. Ich möchte nur kurz einen Rückblick auch in meinem eigenen Leben halten. Ich war einmal der Vorsitzende der Jungen Generation der SPÖ, habe dort gefordert, dass es einen autofreien Stadtplatz gibt und habe bei der Bezirkskonferenz so zu sagen erleben müssen, dass ich nicht gleich gekillt worden bin dort von den Leuten, weil es natürlich unter anderem darum geht, das genau was auch der Herr Kollege Kaufmann und der Herr Kollege Prack unter anderem ansprechen, dass es nicht darum geht, dass man gegen die Bürger agiert. Und das muss man schon auch dazu sagen. Hier auf diesem Stadtplatz gibt es Leben, weil es Unternehmerinnen und Unternehmer gibt, weil es Gastronomie gibt, weil es belebt ist und nicht weil wir ein Museum am Stadtplatz haben. Und daher gehört dort auch Leben hin. Und Leben unter anderem passiert also auch so, dass die Leute sich dort gerne hinbewegen, dass sie dort gerne sind und es gibt unzählige die sagen, jawohl ich fahre auf den Stadtplatz, aber wenn ich nicht mehr hinfahren kann, dann wird es schwierig. Die zweite Geschichte, die ich anknüpfen möchte. Ich meine Gunter, dass du heute mit einer gewissen Vorsicht so zu sagen und auch mit einem gewissen autofahrerischen Können dich dort bewegst und stehen bleibst und alles „drum und dran", das ist richtig. Aber genauso viele andere gibt es, die einem wirklich den Vogel deuten. Auch ich fahre dort des Öfteren durch, aber habt ihr auch schon einmal mit den Bürgerinnen und Bürgern geredet, die in der Zieglergasse wohnen. Was die dazu sagen? Wie es denen geht, dass zum Beispiel der „Abschneider" gemacht wird, in dem sie hereinfahren auf die Vorlandbrücke, hinunter mit einem Karacho unter die Brücke fahren, die Leute dort aussteigen lassen, ihre Kinder die in die HAK und in das Gymnasium gehen, und dann wieder hinausrauschen. Lauter solche Dinge. Ich sage nur, was mir die Leute erzählen, wie sie zu mir kommen ins Büro, sich beschweren und sagen, hoffentlich ist das bald wieder zu Ende. Also es gibt viele Sichtweisen und viele Dinge. Und ich will gar nicht sagen nur die einen oder nur die anderen Recht haben. Und Gunter, gerade du als Wirtschaftskammermensch in dem Sinn, dass du ja lange Zeit Vorsitzender warst und jetzt ja auch noch immer in Kammerfunktionen bist, und dergleichen mehr. Ihr habt es ja erlebt, was uns die Kaufleute alle sagen. Redet einmal mit ihnen. Sagt ihnen halt einmal, nein es fährt kein oder nur mehr wenige Autos herein, weil sie eh nicht mehr hereinfahren dürfen, weil es ja dann gar keinen Parkplatz mehr geben darf, weil sonst leite ich ja Parkverkehr herein, der völlig unsinnig ist. Weil dann fährt er nur mehr herein, dass er im Kreisverkehr und wieder über den Grünmarkt hinaus fährt. Wenn ich mir nur anhöre, was hier für *unverständlich* durchgeführt haben, weil wir gesagt haben die „Taxler" dürfen nicht mehr über den Grünmarkt hinaus fahren und jetzt lassen wir dann alle über den Grünmarkt hinaus fahren, dann bin ich gespannt, wie wir das dann lösen. Also es gibt schon einige Themen, wo ich mir nicht einfach so zu sagen traue, dass ist gescheit, jenes ist gescheit. Ich will gar nicht so, dass man nicht über viele Dinge diskutieren kann, aber eines muss man schon sagen, wir nehmen enorm viel Geld in die Hand, dass dieser Stadtplatz attraktiver gestaltet wird, wir nehmen enorm viel Geld in die Hand, dass die Fahrbahn verengt wurde, dass nicht mehr in vier Spuren nebeneinander gefahren werden kann, wir nehmen enorm viel Geld in die Hand, dass es größere Flächen gibt, wo sich der Fußgängerverkehr bewegen kann und das enorm sicher und schön. Aber dass man über eine Straße und über einen Platz geht, dass man vielleicht da und dort auch einmal links und rechts schauen muss, ob ein Auto kommt, das wird es selbst am Stadtplatz auch in der Zukunft geben. Selbst wenn es nur Zulieferverkehr gibt, „Taxler", Rotes Kreuz, Polizei oder sonst irgendwen. Und daher ersuche ich schon auch mit der notwendigen Ernsthaftigkeit auch diese Dinge unter anderen Leuten, die so zu sagen, jetzt sage ich nicht die hohen Apostel, ohne das jetzt negativ zu beurteilen, aber die hohen Apostel des Klima-

wandels sind oder diejenigen, die so zu sagen die Durchführung eines autofreien Stadtplatzes so zu sagen an oberste Prämisse stellen, sondern schauen wir, dass wir wirklich das tun, wo die Bürgerinnen und Bürger sagen, das ist gescheit, das ist vernünftig. Und vielleicht kommt irgendwann einmal die Zeit dass man sagt, okay man kann noch mehr tun. Ich möchte nur einen kleinen Rückblick noch machen. Wer sich erinnert, Fußgängerzone Steyrdorf. Und was es bedeutet hat für das Steyrdorf. Da möge man scharf nachdenken, ob das ein Wunschziel ist.

Applaus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Dankeschön. Noch einmal zu Wort gemeldet Kollege Kaufmann. Bitte Reinhard.

STADTRAT MAG. REINAHRD KAUFMANN:
Das Angebot von Willi Hauser, über alles zu reden, das nehme ich gerne an. Es wird auch viel geredet. Wir müssen auch zu Entscheidungen kommen und Visionen, dass wir es vielleicht einmal später, ist ja nehmen wir es uns vor, dass wir vielleicht, und uns wäre es halt lieber so bald wie möglich, zu weitergehenden Entscheidungen zu kommen. Aber das mit dem Steyrdorf das ärgert mich einfach. Wenn man sich dort anschaut, warum es dort inzwischen so wenig Geschäft gibt im Vergleich zu vor, es sind schon viele Jahre inzwischen. Da muss man sich jedes Geschäft anschauen und Strukturveränderungen im Handel in ganz Österreich, in ganz Europa, wahrscheinlich auf der ganzen Welt anschauen, solche Viertel können keine Wirtschaftsviertel im Sinne eines Handelsplatzes mehr sein. Das ist nirgends so und das wäre um keinen Deut besser, wenn dort Autos vermehrt durchfahren dürften. Man darf eh durchfahren durch die meisten Bereiche des Steyrdorfs.

Unverständliche Zwischenmeldung

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:
Dass dort immer weniger eingekauft wird und immer weniger angeboten wird, das liegt an ganz anderen Gründen, als daran, wie viele Autos dort hineinfahren dürfen/können. Was geht denn, was stellt ihr euch denn vor, das geht über die Gleinker Gasse und über die Sierninger Straße, wenn man dort leben auch noch will. Das Viertel muss sich verändern. Das passiert ja auch, da passiert ja vieles sehr Schönes. Das wird ein Wohngebiet. Vom Bus höre ich auch oft, dass der für viele ein Problem ist. Andere brauche ihn wieder. Da müssen wir auch einen Kompromiss finden und haben ihn ja auch schon gefunden, wo nicht eine Lösung ganz Schwarz oder ganz Weiß das Ergebnis sein kann. Aber ich würde schon bitten beim Steyrdorf als Beispiel einfach vorsichtiger zu sein, der Stadtplatz wird nie, wenn wir es ein bisschen gescheit machen, nie irgendwie in Richtung Steyrdorf sich entwickeln.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Die nächste Rednerin die Frau MMag. Frech, bitte Michaela.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Also ich habe mir diese Diskussion jetzt sehr intensiv angehört und man merkt da schon sehr stark, das polarisiert. Das kommt mir so ein bisschen vor zum Teil die Autofahrerfraktion gegen die Nicht-Autofahrerfraktion und in der Mitte gibt es wenig. Der erste Redner ist zwar dann eh der Willi Hauser, der da versucht hat, ein bisschen einen Gegenpol zu setzen, einen Mittelpol letztlich macht. Da ist so viel Emotion drinnen und so viel auch letztlich an Ideologie drinnen, bis hin, dass wir dann ins Philosophische gehen. Zurück zur normativen Kraft des Faktischen. Ich glaube, die Wahrheit liegt hier häufig in der Mitte. Ein komplett autofreier Stadtplatz ist denke ich mir nicht vorstellbar. Und das ist auch etwas, wo ich inzwischen auch gesehen habe, dass die Grünen das nicht mehr so sehen wie vielleicht vor einigen Jahren. Das steht ja auch in dem Antrag so drinnen, dass es selbstverständlich Ausnahmen geben soll, wie die Marktfieranten, die Polizei, Fahrräder, Ladetätigkeiten. Ich denke mir, das müsste man wahrscheinlich auch

noch erweitern um einige andere Bereiche. Aber die Diskussion in die Richtung halte ich durchaus für richtig, dass wir uns überlegen, wo ist unsere Vision. Und die Vision glaube ich auf Dauer kann es nicht sein, dass wir möchten, dass wir einen toll gestalteten Stadtplatz haben, wo aber ständig Autos hinfahren. Und nicht auf den Stadtplatz fahren, und dafür bin ich auch, dass man weiterhin auf den Stadtplatz fahren kann, wenn man hier was zu erledigen hat, sondern eigentlich nur durchfahren mit dem Ziel, unten noch einen Parkplatz zu finden. Das ist Verkehr, der nicht sinnvoll ist, der auch den Händlern nichts nutzt, der auch die Stadt nicht attraktiviert und so weiter. Ich glaube wir sollten sehr wohl eine Vision haben, dass dieser Stadtplatz attraktiv ist für alle, dass man sehr wohl auf diesen Stadtplatz fahren kann, aber dass man nicht mehr automatisch durchfährt und unten einen Parkplatz sucht. Wie das gehen soll kann so eine Geschichte sein, aber ich denke es sollte eine Vision sein, das zu vermeiden, dass es eine Durchzugsstraße ist. Dazu ist dieser Stadtplatz viel zu wertvoll. Das wird man mit diesem Antrag leider nicht lösen können, auch wenn ich persönlich viele Punkte da absolut unterstreichen kann, eine Fußgängerzone auszuweiten, das zu attraktivieren. Aber ich bin auch der Meinung, wenn man einen Probebetrieb macht, erstens ob jetzt gerade der richtige Zeitpunkt ist, wage ich ein bisschen zu bezweifeln, weil manche eh schon sehr verzweifelt sind, aufgrund dieser ganzen Umbauaktivitäten verunsichert sind. Zwei Monate sind mit Sicherheit zu wenig, das haben einige Vorredner auch schon gesagt, weil da verunsichere ich. Nur wenn dann muss ich das wirklich über einen längeren Zeitraum machen, auch in unterschiedlichen Jahreszeiten. Aber generell da darüber zu diskutieren und einen möglichst besten Weg dann zu finden, und ich glaube da sind wir einfach nicht am Ende von einem Diskussionsprozess. Ich würde mir wirklich wünschen, diese Mission im Auge zu haben, wie können wir es schaffen in fünf Jahren, zehn Jahren, keine Ahnung wie schnell das geht, ich würde mir auch wünschen, wenn es rascher ginge, dass wir wirklich diesen Durchzugsverkehr wegbekommen. Aber hier einfach nur so Gegenpole zu schaffen, glaube ich nützt niemandem. Wie gesagt, in vielen Punkten glaube ich sollte man darüber nachdenken und dem Antrag wie er da ist so formuliert ist, ist er mir ein bisschen zu wenig noch durchdacht. Da geht es einfach um die Geschichte des Zeithabens, ab wann das ist, bis wann das ist. Da geht es mir auch um die Ausnahmen und da geht es mir auch, ihr habt reingeschrieben zu den bisherigen Zeiten. Ich denke mir, wenn man solche Änderungen macht, dann muss man auch im Sinne der Betroffenen, die am Stadtplatz leben, Änderungen machen für Ladetätigkeit. Und ich weiß, wovon ich spreche, weil ich habe sehr, sehr lange am Stadtplatz gewohnt. Wie gesagt, da muss man noch ein bisschen weiterdenken, der Ansatz ist gut, aber reden wir noch darüber weiter und schauen wir das Beste daraus zu machen. Nur aus diesem Grund werde ich mich bei diesem Antrag enthalten.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Dankeschön. Die Rednerliste ist erschöpft. Ich möchte noch zwei oder drei Sätze anfügen. Man ist ja geneigt dazu alles was gut funktioniert gleich abzuhaken, als ob es immer da gewesen wäre. Das was uns in den letzten Jahren gelungen ist mit dieser Garage und mit dem Steg, hat ja zu einer massiven Reduktion des Durchzugsverkehrs am Stadtplatz geführt. Wir tun immer so, wie wenn das überhaupt nie stattgefunden hätte. Das, was früher an Durchfluss war und was es heute ist, ist ja gar nicht zu vergleichen. 9 Millionen haben wir investiert, damit das passiert und damit wir jetzt noch die nächsten Schritte setzen können. Vizebürgermeister Hauser hat es ausgeführt und angeführt, was wir am Stadtplatz alles tun. Wir erweitern die Fußgängerzone und haben den Durchfluss am Stadtplatz durch Logik und durch Freiwilligkeit massiv reduziert. Also, jeder der jetzt gescheit ist, steht dort drüben und geht rüber. Und ein Teil fährt noch immer runter und stellt sich hin. Das wird sich noch reduzieren, davon bin ich überzeugt. Und so gut wie diese Garage angenommen wird, das heißt so gescheit und so logisch wie die Steyrerinnen und Steyrer denken in dieser schnellen Zeit, weil Verhaltensmuster ist ja nicht so dass man sagt, da macht man einen Schnitt und das ist morgen anders, das gibt es glaube ich in ganz Österreich nirgends, dass eine Garage so eine Resonanz findet, dass die Leute so schnell sagen, ist viel gescheiter, ich stehe da drüben als dass ich mit dem Auto da reinfahre. Ich kenne so viele, die in so vielen Gesprächen sagen, ich denke gar nicht mehr daran in den oder auf den Stadtplatz hineinzufahren. Ich fahre in die Garage und gehe rüber. Ist viel, viel besser. Also gehen wir davon aus, dass das

super funktioniert und dass uns wirklich was gemeinsam gelungen ist. Und dann muss man sagen, nächster Schritt ja, das ist für Viele viel zu schnell und es gibt auch diesen schönen Spruch „Nichts ist stärker als eine Idee, für die die Zeit gekommen ist". Für einen autofreien Stadtplatz ist die Zeit bei weitem noch nicht gekommen. Die Zwischenschritte die wir gemacht haben sind logisch, nachvollziehbar, würden und werden von der Bevölkerung angenommen. Dass es vielleicht irgendwann einmal in die Richtung gehen kann, kann schon sein, derzeit noch nicht. In diesem Sinne kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Das sind Vier...

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Fünf.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Entschuldigung Fünf. Wer ist gegen diesen Antrag? Das ist die deutliche Mehrheit. Der Antrag wurde mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Allgemeine Unruhe

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Habe ich nicht getan, das tut mir leid. Wer möchte sich enthalten? Vier Enthaltungen. Eine Enthaltung ist auch eine Gegenstimme. Trotzdem mit breiter Mehrheit abgelehnt.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **abgelehnt**.

Anwesende Gemeinderäte: **31**

Zustimmung: **5**

GRÜNE 4 – (StR. Mag. Kaufmann, GR^{in} Maria Lindinger, MAS MSc, GR^{in} Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Gegenstimmen: **22**

SPÖ 15 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.^{in} Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR^{in} Anna-Maria Demmelmayr, MA, GR^{in} Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR^{in} Heidemarie Kloiber, GR^{in} Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR^{in} Silvia Thurner, GR^{in} Anneliese Zimmermann)

FPÖ 7 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GR Josef Holzer, BA (FH), GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Stimmenthaltungen: **4**

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 4 – (GR^{in} MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GR^{in} Ursula Voglsam)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt und zum nächsten Berichterstatter Stadtrat Dr. Schodermayr, bitte Michael.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

10) Präs-182/18 **Verleihung des Ehrenzeichens der Stadt Steyr für ehrenamtliche Tätigkeit an Herrn Heinz Mayr.**

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Liebe Gäste, geschätzte Vertreterinnen und Vertreter der Medien, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat und Stadtsenat, hohe Beamtenschaft, geschätztes Präsidium. Ich bin froh, dass ich jetzt dran komme, weil ich habe drei Anträge, die ausschließlich mit positiven Emotionen besetzt sind. Die mag ich zur Kenntnis bringen. Vorausschicken möchte ich, um die Spannung endgültig herauszunehmen, dass die vorgeschlagenen Personen für die Ehrungen im Sozialbereich und für das Ehrenamt von unserer Beamtenschaft auf das Genaueste geprüft wurden, auf Statutenkonformität. Es wurde ausführlich diskutiert im Sozialausschuss und alle drei Personen wurden einstimmig für die positive Zustimmung im Gemeinderat vorgeschlagen. Ich darf als ersten Herrn Heinz Mayr nennen. Ich glaube den Heinz Mayr in Steyr vorzustellen wäre Käse in die Schweiz tragen. Jeder kennt ihn, jeder kennt ihn als hochengagierten Bürger der Stadt Steyr. Die Auszeichnung soll er bekommen für seine besonderen Verdienste hauptsächlich im Bereich des Leichtathletikclubs. Über viele, viele Jahrzehnte hat er hier seelensreich gewirkt und war in verschiedenen Funktionen tätig. Nebenbei hat er sich noch Verdienste in der Feuerwehr erworben, und was mir auch nicht so bekannt war, über 30 Jahre hat er das Fasching...Wie hat das geheißen?

Unbekannt: „Faschingspuppenverbrennen"

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Faschingspuppenverbrennen, das ist mir jetzt nicht eingefallen. Danke vielmals. Also er hat sich auch um Brauchtumspflege verdient gemacht und ich bitte um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugendhilfe und Soziale Dienste vom 27.07.2018 wird Herr Heinz Mayr gemäß § 5 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr in Verbindung mit § 36 der Ehrenzeichenrichtlinien 2010 mit dem Ehrenzeichen der Stadt Steyr für ehrenamtliche Tätigkeit ausgezeichnet.

Die Eintragung im Ehrenbuch der Stadt Steyr für das Ehrenzeichen für ehrenamtliche Tätigkeit hat wie folgt zu lauten:

„Die Verleihung des Ehrenzeichens der Stadt Steyr für ehrenamtliche Tätigkeit erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner über das normale Maß hinausreichenden Verdienste und für sein beispielhaftes Engagement bei der Feuerwehr Steyr sowie bei der Amateure Steyr/Leichtathletik."

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Der Antrag steht da. Gibt es dazu eine gegenteilige Auffassung? Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Einstimmige Annahme.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **1**
GR[in] Natascha Payrleithner

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Bitte nächster Punkt.

11) Präs-183/18 **Verleihung des Ehrenzeichens der Stadt Steyr für besondere Leistungen im sozialen Bereich an Herrn Medizinalrat Dr.med. Wolfgang Loidl.**

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Der nächste Preis, die Ehrenmedaille für besondere Verdienste im Sozialbereich, hier wird vorgeschlagen der Kollege Wolfgang Loidl. Wolfgang Loidl ist neben seiner Tätigkeit, und zwar inzwischen jahrzehntelanger Tätigkeit als Hausarzt auf der Ennsleite, auch hoch engagiert in der Organisation Vita Mobile. Seit Anfang der 90er Jahr ist er hier in Vorstandsfunktionen tätig. Über viele Jahre als stellvertretender Vorsitzender und ist auch für viele Projekte zuständig und verantwortlich, mitverantwortlich gewesen, die im Rahmen von Vita Mobile stattgefunden haben und ich bitte um Zustimmung zu dieser Auszeichnung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugendhilfe und Soziale Dienste vom 27.07.2018 wird Herr Medizinalrat Dr.med. Wolfgang Loidl gemäß § 5 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr in Verbindung mit § 21 der Ehrenzeichenrichtlinien 2010 mit dem Ehrenzeichen der Stadt Steyr für besonderer Leistungen im sozialen Bereich ausgezeichnet.

Die Eintragung im Ehrenbuch der Stadt Steyr für das Ehrenzeichen für besondere Leistungen im sozialen Bereich hat wie folgt zu lauten:

„Die Verleihung des Ehrenzeichens der Stadt Steyr für besondere Leistungen im sozialen Bereich erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner über das normale Maß hinausreichenden Verdienste und für sein beispielhaftes Engagement als stellvertretender Vorsitzender im Verein Vita Mobile und Mitgestalter der Projekte „SELBA-Club, des Besuchs- und Begleitdienstes „Zeit für dich" sowie beim Ausbau der 24-Stunden-Betreuung."

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Auch hier gibt es keine Diskussion. Gibt es eine gegenteilige Auffassung? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Somit ist auch dieses Ehrenzeichen einstimmig beschlossen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **1**
GR^{in} Natascha Payrleithner

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Bitte nächster und dein letzter Punkt.

12) Präs-184/18 **Verleihung des Ehrenzeichens der Stadt Steyr für besondere Leistungen im sozialen Bereich an Herrn SR Erwin Atzmüller.**

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Mein letzter Punkt, es wird vorgeschlagen Herrn Erwin Atzmüller zu ehren durch die Verleihung der Ehrenmedaille für besondere Verdienste im Sozialbereich. Soweit mir bekannt ist, ist er heuer in Pension gegangen als Lehrer in der Neuen Mittelschule am Tabor. Über viele, viele Jahre, nämlich seit 2008 hat er sich wirklich sehr intensiv engagiert. Er hat jedes Jahr eine Schulklasse dazu motivieren können, zusammen mit dem Verein Vita Mobile in den Räumlichkeiten des Alten- und Pflegeheimes am Tabor den SelbA-Club zu gestalten und

hier gleich auf mehreren Ebenen so zu sagen positiv tätig zu werden. Er hat Generationen übergreifende Projekte gestaltet, er hat das Verständnis der jungen Menschen für die ältere Generation geweckt und er hat das soziale Engagement gefördert dieser jungen Leute. In diesem Sinne wird er vorgeschlagen, diese Ehrenmedaille zu bekommen. Ich bitte um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugendhilfe und Soziale Dienste vom 27.07.2018 wird Herr SR Erwin Atzmüller gemäß § 5 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr in Verbindung mit § 21 der Ehrenzeichenrichtlinien 2010 mit dem Ehrenzeichen der Stadt Steyr für besonderer Leistungen im sozialen Bereich ausgezeichnet.

Die Eintragung im Ehrenbuch der Stadt Steyr für das Ehrenzeichen für besondere Leistungen im sozialen Bereich hat wie folgt zu lauten:

„Die Verleihung des Ehrenzeichens der Stadt Steyr für besondere Leistungen im sozialen Bereich erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner über das normale Maß hinausreichenden Verdienste und für sein beispielhaftes Engagement im SelbA-Club der Vita Mobile."

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Ich glaube auch für den Herrn Atzmüller gilt dasselbe wie die vorhergegangenen Ehrenzeichenträger. Es gebührt ihm unsere Wertschätzung und wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Bedanke mich für die Berichterstattung. Darf vielleicht gleich dazu sagen für die Fraktionen, wir haben jetzt einen Termin festgelegt für die Ehrenzeichenverleihung. Das wäre der Freitag, der 19. Oktober, um 11.00 Uhr. Bitte das sich gleich vorzumerken, kommt schriftlich eh noch einmal, aber nur weil wir gerade beisammen sitzen. Damit sind wir am Ende der Gemeinderatssitzung, aber die Gemeinderätin Maria Lindinger hätte noch gerne eine Mitteilung gemacht. Bitte Maria.

GEMEINDERÄTIN MARIA LINDINGER, MAS, MSC:
Es werden ja wahrscheinlich einige von ihnen gelesen haben heute in den OÖ Nachrichten, dass wir beabsichtigen, einen Dringlichkeitsantrag einzubringen. Und es war aufgrund der Zahlen, die die Frau Vizebürgermeister Weixlberger über diesen Zusammenbruch oder diesen Einbruch in der Kinderbetreuung, in der Nachmittagskinderbetreuung bewirkt haben. Und gerade, es macht uns wirklich Sorgen, dass zum Beispiel gerade am Resthof, wo wir viele Kinder haben mit nicht deutscher Muttersprache, dort das so dramatisch eingebrochen ist. Wir haben jetzt diesen Dringlichkeitsantrag nicht zurückgezogen, wir haben ihn leider zu spät eingebracht und daher war er heute nicht Thema. Aber wir werden an diesem Thema dran bleiben.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Ja, danke. Eine Grundinformation zur Erklärung, warum der Antrag nicht auf der Tagesordnung, es war formal nicht richtig und zu spät eingebracht. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Gut. Somit sind wir am Ende der Gemeinderatssitzung. Bedanke mich für die Mitarbeit, wünsche einen schönen Nachmittag.

ENDE DER SITZUNG UM 16:05 UHR.

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Gerald Hackl

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Dr. Kurt Schmidl

Michaela Minixhofer

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

GR Rudolf Blasi

GR Dr. Markus Spöck, MBA